

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 6. Juni 1905.

№ 65.

Die Kölner Tage

sind vorüber und ein lebhaftes Mäuschen im Blätterwalde der deutschen Arbeiterpresse verkündet die anhebenden Diskussionen über die verlossene Tagung des fünften deutschen Gewerkschaftskongresses. Es ist keine müßige Nedelei, sondern eine unabweisbare Notwendigkeit, wenn auch wir uns nicht auf die Berichterstattung beschränken und mit einigen Schlüsselworten jenes für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, bedeutungsvollen Kongresses gedenken. —

Was wollen im Entwicklungsgange der Menschheit, im Gären und Werden einer neuen Zeit, in der Aufwärtsbewegung der deutschen Arbeiter ein Duzend Jahre bedeuten? Und doch, welche gewaltige Veränderungen schließt schon eine so kurze Spanne Zeit in sich ein! Eindringlich wird uns da gelehrt, daß nichts beständig als der Wechsel, daß aber dieser Wechsel beeinflusst und durchseht werden kann von einem zielbewußten Willen, von erkenntnisreicher Arbeit, dem Ausgangspunkte und den Voraussetzungen aller Kultur, und diese in steigendem Maße zur Folge hat. Mitten in all dem während der letzten 13 Jahre — seit der Tagung des ersten Gewerkschaftskongresses — sich vollzogenen Veränderungen im wirtschaftlichen und sozialen Leben Deutschlands standen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; und sie waren es, die in Köln mit besonderer Benützung, mit einem gewissen Stolz auf die von ihnen geleistete Arbeit, auf den von ihnen mit seltenem Opfermut und seltener Hingabe an große Kulturaufgaben bekundeten Gemein Sinn zurückblicken konnten, der das Wesen und die Kraft der deutschen Arbeiterbewegung ausmacht.

Halberstadt und Köln! Was waren die Gewerkschaften im Jahre 1892 und was sind sie heute? Damals zählten sie knapp 300 000 Mitglieder, welche Zahl im Jahre 1896 sogar auf 270 000 zurückgegangen war, heute deren 1 250 000. Mit ein paar hunderttausend Mark erschöpfte sich damals der Kassenbestand der deutschen Gewerkschaften; heute legen etwa zwanzig Millionen Mark davon Zeugnis ab, wie die Gewerkschaften es verstanden haben, ihren Kämpfen einen Rückhalt zu geben. Aber nicht die materielle Seite allein ist es, die das Selbstbewußtsein der Gewerkschaften gestärkt hat, in noch höherem Maße ist das der Fall durch die Stellung, welche die Gewerkschaften sich innerhalb der Gesellschaft zu erobern wußten. Die „gemeingefährlichen Streikvereine“ des Grafen Posadowsky können heute nicht mehr von der Regierung ignoriert werden — man braucht ihre direkte Mitarbeit sogar bei reichsstatistischen Arbeiten —, weite Kreise des Bürgertums sind durch die Arbeiten der Gewerkschaften zu der Ueberzeugung gedrängt worden, daß ohne die gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiter sowohl in sozialer wie in wirtschaftlicher Beziehung Deutschland zurückgeworfen werden würde; daß an eine Aufrechterhaltung der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkte nicht zu denken wäre, wenn die verpießerten Anschauungen, wie sie über die Gewerkschaften noch in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bei der herrschenden Gesellschaft maß-

gebend waren, sich nicht gewandelt hätten in die Erkenntnis, daß die so lang gepredigte „Bernichtungstheorie“ heute nicht nur nicht aufreizend, sondern geradezu lächerlich wirken muß. Und die Scharmacher werden schließlich ebenfalls zur Kapitulation, zur Anerkennung selbständiger Arbeiterorganisationen gezwungen werden. Mögen heute noch die Kühnemann, die Stinnes, Thyssen usw., mit Hoßn auf die wirtschaftliche Macht der deutschen Gewerkschaften herablicken — das haben vor ihnen auch andere getan, die heute zu einer andern, richtigern Auffassung gezwungen wurden —; mag in der Metall- und Holzindustrie, im Bergbau der „Herr im Hause“ sich noch recht oft über die Menschenwürde, das Leben und die Gesundheit der Arbeiter brutal hinwegsetzen, es geht dennoch auch dieses autokratische Regiment einmal unter, weil es immer unzeitgemäßer wird, weil es in seiner sozialen Verblödung glaubt, den Kampf gegen die Kultur aufnehmen zu können — die sich weder durch Generalstreiks beschleunigen, noch durch hauende Säbel und schießende Flinten des seligen Puttkamer aufhalten läßt. Darum, deutsche Gewerkschaften, auch jener gewaltigen feindseligen Macht gegenüber gilt das Wort: „Arbeiten, nicht verzweifeln!“

Die Kölner Tage haben denn auch bewiesen, daß dieser Grundsatz immer mehr die deutschen Gewerkschaften beeinflusst, und es konnte das Herz jedes arbeitsfreundigen Gewerkschaftlers nur erheben, als er die Treppe im „Gürtenich“ emporstieg und sich sagen mußte: das ist die Frucht auch deiner Organisationsarbeit, deiner Gewerkschaft, daß ihr moralischer Einfluß so groß geworden, der Stadt, dem „heiligen Köln“, es fast unmöglich zu machen, den deutschen Gewerkschaften das berühmte historische Gebäude zu verschließen. An der Stätte, auf die vor Jahrhunderten die mit geradezu göttlichen Attributen ausgerüsteten Großen dieser Erde ihren Fuß setzten, und ein aus tausend Wunden blutendes, niedergetretenes, ausgefogenes, verachtetes und rechtloses Volk eine wahnsinnige Herrschaft und Verschwendung bezahlten mußte, hielten nunmehr die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft ihren Einzug, die Repräsentanz jener Volksgenossen, die aus der wirtschaftlichen und sozialen Tiefe unsrer Zeit sich zum Lichte, zur Gleichberechtigung, zur Freiheit emporarbeiten. Vielleicht hat an derselben Stelle im Gürtenich, wo ein Arbeiter der Hamburger Bürgerschaft in leidenschaftlicher Empörung die Drohung mit dem Generalstreik ins Gesicht schleuderte, einmal ein Kaiser gestanden, dessen „Untertanen“ unter Peitschenhieben an Stelle des Viehes den Pfug über das Feld des gutsherrlichen Ackers zogen! Wie am Abend des 2. September 1870 der preussische König, können daher auch wir sagen: Welche Wendung!

Mit uns hatte eine große Zahl der Delegierten das Empfinden, daß die Eröffnungsbrede Legiens — wir sagen das selbstverständlich ohne jede persönliche Spitze — in gar keiner Hinsicht dem bedeutenden Augenblicke gerecht geworden ist. Ein müder, schleppender, eingerofteter Ton; ein oberflächliches Garnieren längst in der Arbeiterpresse

kommentierter Ziffern machte den „historischen Rückblick“ aus, den Legien über das Werden und Arbeiten der deutschen Gewerkschaftsbewegung gab. So mußte gleich von vornherein die Stimmung des Kongresses auf den Gefrierpunkt herabsinken und die dann einsetzenden Kleinigkeitskrämereien drückten dem ersten Tage des Kongresses den Stempel nicht des frischen, frohen Lebens, der Zuversicht und der Befriedigung, sondern der Unsicherheit und der Gleichgültigkeit auf. Wie anders war doch der Legien von Frankfurt a. M. 1899! Die kühnen gewerkschaftlichen Perspektiven, die damals der Vorsitzende der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften in seiner Eröffnungsbrede bekundete, waren dazu angetan, erhebens und begeistern zu wirken; es kam in ihr der Glaube an die eigene Kraft, die Freude an dem in harten Kämpfen Erungenen in warmer Weise zum Ausdruck — in Köln eine Resignation, die Legien lediglich durch den Hinweis auf den „innigen Zusammenhang zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie“ zu mildern suchte.

Damit wären wir nun glücklich in Köln dort wieder angelangt, wo wir in Stuttgart aufgehört haben. Mag auch ein großer Teil der Gewerkschaftsmitglieder der Sozialdemokratie angehören, so steht doch zweifellos fest, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil ihr fern steht oder bei anderen Parteien politisch engagiert ist. Wozu also dieser fortgesetzte Hinweis, daß die Gewerkschaften als solche der Sozialdemokratie angegliedert seien? Wenn wir den Arbeitern erklären, daß ohne Rücksicht auf ihre religiöse und politische Anschauung ihnen die Organisation zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen offen steht, so müssen wir auch die Konsequenzen ziehen und entweder diesen Neutralitätsstandpunkt betätigen, oder die Gewerkschaften revidieren ihre Statuten und nehmen nur solche Arbeiter als Mitglieder auf, die auf einem bestimmten parteipolitischen Standpunkte stehen. Dann wäre wenigstens Klarheit geschaffen. Wir betrachten durchaus nicht die Sozialdemokratie als eine Quantität negligible, sondern sehen in ihr das geschichtliche Maß ausgedrückt, das solche Bewegungen entstehen läßt — u. a. läßt unser Artikel „Zur Dresdener Woche“ in Nr. 111 des „Corr.“ von 1903 unsern Standpunkt klar genug erkennen. Die Frage der Stellung der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie ist daher weniger vom Standpunkte des Für und Wider zu lösen, als vielmehr von der prinzipiellen Erwägung abhängig zu machen, ob die Gewerkschaften unabhängige, selbständige, nur der eigenen Verantwortlichkeit unterstellte Gebilde der deutschen Arbeiterschaft, oder ob sie einer irgendwie gearteten Herrschaft einer politischen Partei unterworfen sind. Daraus kommt es an und auf weiter nichts. Diesen Standpunkt vertreten wir nach wie vor; von ihm werden wir nicht abgehen, ihm können wir im wohlverstandenen Interesse auch unsrer Organisation keine Konzessionen machen und werden es nicht tun. Wer mit Recht gegen parteipolitische Einflüsse in den christlichen Gewerkschaften ankämpfen will, darf in keinem Glashaufe sitzen. Wenn man gerade im Rheinlande der um sich

greifenden christlichen Gewerkschaftsbildung — auch im graphischen Gewerbe — begegnen, wenn man den Frieden in den eignen Reihen will, dann ist mit der Taktik Legiens und mit der in diesem Falle noch verkehrteren des Kapitolhüters Bömelburg absolut nichts anzufangen.

Diese Erkenntnis greift auch immermehr in anderen Gewerkschaftskreisen um sich. Wer die einzelnen Redner auf dem Kongresse mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird leicht herausgefunden haben, daß die meisten Gewerkschaftsführer im Laufe der Zeit nicht radikal geworden, sondern mehr als früher geneigt sind, ihre Taktik den Verhältnissen anzupassen — dem Führer der Holzarbeiter, Leipart, wurde sogar der schwerste Vorwurf gemacht, der denkbar ist, nämlich der: Leipart sei auf dem Standpunkte Nehäusers angekommen! Die Debatten über die Maifeier und den Generalstreik z. B. atmeten zum Teile absolute Unabhängigkeit von der Partei. Unter einem Sturm von Vorwürfen und Verdächtigungen haben wir seit langem diese Unabhängigkeit der Gewerkschaften verlangt und verteidigt, haben uns deshalb von jedem Phrasenur in den Kot ziehen lassen müssen — um zu erleben, daß waschechte Sozialdemokraten auf dem Kongresse noch weiter gingen als wir. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt in ihrer Besprechung des Kongresses:

„... Aus einer immerhin nicht ganz geringen Zahl von Reden sprach ein Geist, der viel mehr von den Schattenseiten als von den Lichtseiten der gewerkschaftlichen Bewegung verriet, und der, wenn er in ihr je das Übergewicht erhielt, wie er es glücklicherweise noch nicht hat, dem Emanzipationskampfe des deutschen Proletariats schwere Hindernisse bereiten könnte. Eben dieser Geist oder genauer die Tatsache, daß dieser Geist dem deutschen Gewerkschaftswesen nicht mehr fremd ist, war das unerfreulichste, aber leider auch das bedeutendste Ergebnis der Kölner Tagung...“

Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schreibt in ihrem Rückblicke auf den Kölner Kongress:

„... Aber daß das Verhältnis der beiden Seiten der proletarischen Emanzipationsbewegung nicht verbessert wird durch die Verhandlungen des Kongresses, daß sie die Schaffung größerer Reibungsflächen bedeuten, das steht fest...“

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sagt unumwunden:

„... Die Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften sind zweifellos vorhanden, das muß ausgesprochen werden, um jeder Selbsttäuschung aus dem Wege zu gehen...“

Die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ bezeichnet den selbstverständlichen Ausdruck Leimpeters (Redakteur der deutschen Bergarbeiterzeitung), daß die Beschlüsse der internationalen Kongresse die Gewerkschaften nicht binden, und daß die „Chinesen und Wotokuden“ auf diesen Kongressen nicht zu bestimmen haben, was uns in unseren gewerkschaftlichen Aufgaben und Arbeiten frommt, als „tief beschämend im Munde eines deutschen Sozialdemokraten“.

Wird man nach diesen Darlegungen in der Parteipresse vorurteilslos genug in Kollegenkreisen sein, einzusehen, daß nicht aus persönlichen, sondern aus einem tiefen sachlichen Widerspruch heraus unsere Stellungnahme zur Partei erfolgt? Wenn die Parteipresse anerkennen muß, daß „Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften“ vorhanden sind, müssen sie naturgemäß am frühesten und schärfsten sich dort äußern, wo die fortgeschrittenste Gewerkschaft vorhanden ist, denn bei den anderen Gewerkschaften treten diese Widersprüche auch erst in einem vorgeschrittenen Stadium der gewerkschaftlichen Entwicklung auf. Daß man aber nur nach dem Kongresse in dieser selben Presse nicht den eignen, an den Gewerkschaften verschuldeten Fehlern nachgeht, sondern mit dem Terror droht, ist für uns nicht überraschend, weil es nach der Natur der

Sache nicht anders sein kann. Es ist jedoch zu erwarten, daß die radikalen Scharfmacher dabei nicht auf ihre Rechnung kommen — wenigstens auf die Dauer nicht. Schließlich gibt es auch noch einige vernünftige Parteizeitungen, die nicht durch dick und dünn mit den Mehringmännern gehen, deren internationales Zentralorgan schreibt: „Wir hoffen, daß die gesunde Reaktion gegen die Flaumacher auch jetzt einsetzen wird, und darin bestärkt uns die erfreuliche Haltung der Parteipresse“.

Beklagt hat man auch in der Parteipresse, daß der Kongress theoretisch nicht auf der Höhe der Zeit gestanden habe. Die „Leipziger Volkszeitung“ bezeichnet das Referat Bömelburgs über den Generalstreik als eine „theoretische Verwahrlosung“ und spricht von „der Konfusion im Kopfe Bömelburgs“. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ schreibt von „großen Debatten, aber nicht großzügigen Verhandlungen“ und davon, daß auf dem Kongresse „die Erkenntnis der Arbeiterzeitung über ihre weltgeschichtliche Mission nicht bereichert worden ist“, ferner sei „der Appell an die schwierige Faust ein bedenkliches Symptom“ des Kölner Kongresses gewesen usw. Der „Vorwärts“ schreibt: „Aber nötig ist es, durch theoretische Ausbildung die Massen zu heben, damit sie über den Tageskampf um relativ Kleines hinwegsehen können nach dem großen Ziele. Bei dieser Gelegenheit sei es gesagt, daß in dieser Beziehung mehr getan werden muß, als in den letzten Jahren geschehen ist.“ Worin soll dieses „Mehr“ bestehen? Gewiß kommen wir über die Theorie auch in der Gewerkschaftsbewegung nicht hinweg, denn das Erforschen der wirtschaftlichen Zusammenhänge, der Weltwirtschaft, der Kulturarbeit der Völker mit dem Endziele einer Umbildung der Gesellschaft, eines sozialen Freiheitsstaates, einer Neuordnung auf dem Wirtschaftsgebiete — dies alles ist nicht mit irgend einer Larisgemeinschaft erschöpft oder befriedigt; die Hauptsache ist aber, daß diese Theorie nicht auf bestimmte parteipolitische Probleme zugeschnitten ist, die gerade eine objektive, eine rein wissenschaftliche Theorie unmöglich machen und nur zu oft verhindert haben, daß die Arbeiter in genügender Weise ihren Gegenwartsarbeiten gerecht werden konnten. Das, was wir gegen diese Theorie einzuwenden haben, die z. B. 1893 in Köln den Gewerkschaften das Lebenslicht ausgeblasen hat — theoretisch natürlich —, die wiederholt die praktischen Lebensbedürfnisse der Gewerkschaften verneint, die für Fragen des Seins oder Nichtseins der Gewerkschaften — wir erinnern nur an die parteigenösslich-theoretische Behandlung unsers Verbandes — aus lauter Theorien den Wald vor Bäumen nicht sieht, die, natürlich ungewollt, häufig zerlegend und lähmend auf eine großzügige Gewerkschafts- und Arbeiterpolitik eingewirkt und die Gewerkschaften zur Duldung der Malträktierung durch die großen Theoretiker gezwungen hat — diese Theorie oben ist es, welche den Widerspruch bekanntester sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer in Köln hervorgerufen hat, weil auf die Dauer in der Gewerkschaftsbewegung mit dieser Theorie nicht auszukommen ist! Wenn da Bömelburg auf die „Literaten“ hinwies, die nur schreiben und schreiben und den Gewerkschaften nur Schwierigkeiten bereiten, so hat er in seiner knappen Darstellung das Richtige getroffen. Wir haben bereits vorher in unseren beiden Artikeln „Maifeier und Generalstreik“ das Gleiche gesagt. Die Worte Bömelburgs wurden in der Parteipresse als ein Angriff auf die Literaten überhaupt aufgefaßt. Mit Unrecht. Jeder Zuhörer mußte das Empfinden haben, daß es sich hier nur um eine Reliquie von Literaten handeln konnte, die glauben, dem lieben Gott jeden Tag gestohlen zu haben, an dem sie nicht eine neue Theorie entdecken. Und die „Probe aufs Exempel“ wird dann natürlich bei den Gewerkschaften zu machen versucht — als dem willfährigsten Versuchsobjekte für die Unsterblichkeit jener Welterschöfer. So bei der Maifeier mit Arbeitsruhe, so bei dem General- und politischen Massen-

streik. Dies hat aber eine gesunde Reaktion in Gewerkschaftskreisen ausgelöst und in vielen wichtigen Punkten auch unsere Haltung als die richtige und für die Organisation nützliche bestätigt. Wir hätten uns aber auch ohne diese Bestätigung nicht von dem richtigen Wege abdrängen lassen. So wie früher wollen wir auch heute nicht den Krieg mit der Sozialdemokratie; was wir wollen ist die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, denn nur dadurch ist das ihnen so dringende notwendige Selbstbewußtsein zu heben, ohne welches Arbeitslust und Arbeitsfreudigkeit verkümmert und ein drückendes Gefühl, als sei man das fünfte Rad am Wagen, nicht zu bannen ist. —

Gehen wir nun zu den einzelnen Verhandlungsgegenständen über, so sind es hier vor allem drei Punkte, welche schon vor der Tagung in hohem Maße das Interesse der deutschen Arbeitererschaft erregt haben. Es sind dies die Tagesordnungspunkte: Maifeier, Generalstreik und Genossenschaft. Unseren Lesern ist zur Genüge bekannt, welche Stellung wir zu diesen Fragen einnehmen, und auch die Kongressdebatten haben wenig daran ändern können. Aus diesen Gründen ist es nicht erforderlich, aufs neue unsere Standpunkte zu präzisieren. Daß die Verhandlungen in Köln über die Maifeier ausgingen wie das Hornberger Schießen, ist nicht verwunderlich, und haben wir auch gar nichts anderes erwartet. Das Erfreuliche hierbei ist lediglich, daß von sehr erregten Parteigenossen das Unhaltbare des gegenwärtigen Zustandes erkannt worden ist. Zutreffend erklärte der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt, daß mit dem Wachstum der Gewerkschaften auch deren Verantwortlichkeit wachse, und daß die Arbeitsruhe am 1. Mai die Arbeiter in schwere Konflikte drängen könne. Den Vorwurf, daß die „Abhängigkeit der Maifeier“ eine Lieblingsidee der Gewerkschaftsbeamten sei, bezeichnete Schmidt als verwerflich; „denn die angelegentlichsten verantwortlichen Beamten hätten es weit leichter, wenn sie den Mitgliedern nach dem Munde reden würden“. Der bekannte Gewerkschaftsführer Bringmann (Zimmerer) sagte, man müsse ganz unumwunden erklären, „die Maifeier ist kein gewerkschaftliches Aktionsmittel“, und sie „ist geeignet, die gewerkschaftliche Taktik zu durchkreuzen“. Kurz und gut, gerade von den verantwortlich denkenden Gewerkschaftsführern wurde unzweideutig dargelegt, daß es mit der Maifeier nicht so weiter gehen könne, daß sie die Gewerkschaften gefährde und in Zeiten wirtschaftlicher Depression die Kollisionsgefahr mit dem Unternehmertume vermehre. Der Widerstand, der von den Radikalen geleistet wurde, war nicht unerheblich, aber es waren nicht die Vertreter der großen Organisationen, die für die Arbeitsruhe am 1. Mai plädierten. Daß man schließlich alle gestellten Resolutionen zurückzog, ist bedauerlich, denn der jetzige Zustand, der es bei der Amsterdamer Resolution belästigt, ist viel unerquicklicher als er vorher war. Mit Recht konnte Döblin sagen: „Der Gewerkschaftskongress erklärt sich nicht für fähig, er besitzt nicht so viel Selbständigkeit, zu sagen, welchen Standpunkt er vertritt.“ Trotz alledem kommt man aber im radikalen Lager darüber nicht hinweg, daß die Aussprache in Köln tatsächlich eine Ablehnung der Arbeitsruhe am 1. Mai bedeutet und daß der Eindruck dieser Debatte nicht beschränkt auf die Maifeier wirken wird. Das empfindet auch die Zionswächterin an der Pleiße, indem sie schreibt:

„Die Debatte über die Maifeier führte überhaupt zu keiner Resolution. Hier lagen klare und unzweideutige Beschlüsse internationaler und nationaler Kongresse vor, und sich mit diesen, sei es zuerst auch nur hypothetisch, in Widerspruch zu setzen, mochten die Gegner der Maifeier doch gerechtes Bedenken tragen... Die Resolution Schmidt ist lediglich bemerkenswert durch die Ungenauigkeit, mit der sie die Tatsachen auf den Kopf stellt... Welche Formen auch heute schon die Maifeier annehmen kann, das hat in besonders trauriger und schimpflicher Weise der diesjährige

1. Mai in Stuttgart bewiesen, wo durch eine systematische gewerkschaftliche Aktion gegen die Maifeier das Arbeiterfest in eine würdelose Farce verwandelt wurde. . . .

Wir konstatieren diesen leidenschaftlichen Ausbruch mit grimmgiger Genugtuung. Man darf bloß in den Gewerkschaften es einmal versuchen, im wohlverstandenen Interesse derselben die durch die tatsächlichen Verhältnisse sich notwendig machende Gewerkschaftspolitik zu verfolgen und der radikalen Gesellschaft mit beschränkter Gastpflicht die Zähne zeigen, dann wird man erst sehen, wie wenig tatsächliche Macht hinter den großspurigen Redensarten steckt und wie ihres lauten Wellens Schall nur beweist, daß wir reiten! — Da wertet die „Magdeburger Volksstimme“ die Macht der Gewerkschaften weit vorsichtiger ab, indem sie schreibt:

„. . . Der Kongreß hat Anspruch darauf, daß man seine Argumente gegen die heutige Form der Maifeier beachtet, und wenn nicht Gründe der Courtoisie, so müssen Klugheitsgründe dazu führen, weil kein Beschluß einer politischen Organisation eine Maifeier zustande bringt, wenn die Gewerkschaften beiseite stehen.“

Der Kongreß hat nun seine Hoffnungen auf den nächsten internationalen Kongreß gesetzt, und damit sind unsere in Nr. 51 ausgesprochenen Befürchtungen vollinhaltlich eingetroffen. Es hieß, Zeit, Raum und Papier verschwenden, von diesem internationalen Kongresse eine Abhilfe im Sinne der Resolution Schmidt zu erwarten. Wie man aber auch 1907 in Stuttgart entscheiden wird, an der Tatsache ist nichts zu ändern, daß die Maifeier im Sinne des Amsterdamer Kongresses in Köln inhaltlich zusammengebrochen ist. Glaubte man sich damit in den von Bömelsburg gedachten Literatenkreisen nicht abfinden zu können, muß eben das gute alte Sprichwort in Erfüllung gehen: „Wer nicht hören will, muß fühlen!“ Und da hilft auch der Appell an die Massen nichts, mit dem die „Schwäbische Tagwacht“ glaubt erreichen zu können, daß „die Masse der Organisationsmitglieder gegen die Strömung, die auf völlige Beseitigung der Arbeitsruhe hinausläuft, Stellung nimmt.“

Interessant gestaltete sich die Debatte über den Generalfreist. Hier fand der Referent Bömelsburg nur Worte der unzweideutigsten Ablehnung und die gegen 7 Stimmen beschlossene Resolution sagt ebenso deutlich:

„. . . Den Generalfreist, wie er von Anarchisten und Leuten ohne jegliche Erfahrung auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes vertreten wird, hält der Kongreß für undiskutabel; er warnt die Arbeiterschaft, sich durch die Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen von der täglichen Kleinarbeit zur Stärkung der Arbeiterorganisation abhalten zu lassen.“

Es blieb dem Kongresse auch gar nichts weiter übrig, wollte er mit dem Generalfreist als gewerkschaftliches Hilfsmittel nicht die Gewerkschaftsarbeit überhaupt verneinen. Ohne uns in Wiederholungen früherer Auslassungen im „Corr.“ zu ergehen, so muß doch so viel gesagt werden, daß der Generalfreist nur dort Platz greifen kann, wo, wie im Bergbau, mangelnde Organisation ergänzt wird durch brutale Unterdrückung. Daß hier ein elementarer Ausbruch des zum Tiere herabgewürdigten Menschen alle Schranken durchbricht und auch vor der Selbstvernichtung nicht zurückschreckt, ist begreiflich, aber das ist nicht der normale Zustand des Vorwärtsschreitens der Arbeiter, nicht das Ergebnis der Organisationsarbeit, nicht die Zukunft der deutschen Gewerkschaften, nicht die Frucht der organischen Entwicklung, die sich nicht meistern, nicht gewaltsam beschleunigen läßt. Mit jeder Organisationsgründung, mit jedem Tarifvertrage, mit jedem neuen Mitgliede wird vom Gebäude der Generalfreistidee ein Stein abgetragen — sie ist und bleibt nur das Resultat unhistorischen Denkens, organisiatorischer Verflämmerung, tatenloser Verzweiflung! In Wirklichkeit stand aber in

Köln weniger der Generalfreist aus wirtschaftlichen als vielmehr der politische Massenstreik aus parteipolitischen Gründen zur Diskussion. Wie schon sagt da die Unentwegte in Leipzig:

„Steht Schmidt mit den Tatsachen, so steht Bömelsburg mit der Logik in Widerspruch. Die Wortführer des politischen Generalfreists, zu denen auch wir gehören, wollen keineswegs die Arbeiterklasse auf eine bestimmte Taktik festlegen, wie die Resolution Bömelsburg behauptet, sondern sie wollen im Gegenteile die taktischen Waffen des Proletariats mannigfaltiger gestalten und um eine neue bereichern.“

So armselig ist aber die deutsche Gewerkschaftsbewegung gar nicht daran, daß sie ihre Waffen aus dem Arsenal der „Leipziger Volkszeitung“ beziehen müßte, die in Praktiken der Arbeiteraussperrung und skrupelloser Unterstützung von Arbeiterschädigern die mannigfache Gestaltung ihrer „taktischen Waffen“ ad oculos demonstriert hat. Warum aber seit reichlich zwei Jahren plötzlich in sozialdemokratischen Kreisen diese energische Befürwortung des politischen Massenstreiks, wogu außerdem die Vorbilder im Auslande gar nicht anregen können?

Wir erblicken in dieser Tatsache nun lediglich den Ausdruck der politischen Ohnmacht. Heute vereinigt die Sozialdemokratie über drei Millionen Stimmen auf sich und sie hat im Reichstage 78 Vertreter. Man sollte nun denken, eine solche Macht müßte sich einen Einfluß auf die politische Gestaltung der Dinge in Deutschland zu sichern verstanden, eine Politik eingeschlagen haben, die es einer Regierung unmöglich macht, eine so große Partei als Luft zu behandeln. Wie man selbst in den harthörigsten Unternehmungskreisen nicht länger die Gewerkschaftsbewegung ignorieren konnte, so müßte dies auch in der Gesetzgebung der Fall sein, wenn nicht die Sozialdemokratie — siehe Dresden — sich auf den Standpunkt stellen würde: „jedes Entgegenkommen an die bestehende Ordnung der Dinge abzulehnen“, und: „ich bin der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft“ usw. Man mag einwenden, mit dem von uns als notwendig erachteten Entgegenkommen würde die Sozialdemokratie ihren revolutionären Charakter verlieren und aktionsunfähig werden. Zugegeben, daß dieser sozialrevolutionäre Charakter dabei zu kurz käme, aber die Aktionsfähigkeit der Partei würde für eine positive Politik gesteigert und ein tatsächlicher, nicht bloß ein agitatorischer Einfluß auf die Reichspolitik gewonnen werden. Sagte doch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Körsten in Köln: „Wir müssen im Leben Konzeptionen machen“. Nun warum nicht auch in und von der Partei — oder steht diese außerhalb des Lebens? Es ging wie ein Aufschrei durch die Kongreßverhandlungen: Schafft uns einen Boden, auf dem wir arbeiten können, verurteilt uns nicht zum stummen Gehorsam gegenüber Unmöglichkeiten, helfst uns, es geht so nicht weiter! Nicht um eine Feindseligkeit gegen die Partei, nicht, wie die „Leipziger Volkszeitung“ sagt, um „einen Anlauf gegen die politische Organisation der Arbeiterklasse“ handelte es sich bei den Fragen Maifeier und Generalfreist in Köln, sondern um den Kampf für die Anerkennung realer Tatsachen! Aber Mehring-Kautsky ist Trumpf! Und es würde dem Gesamtbilde ein Pinselfrich fehlen, wenn nicht auch noch der „fossile, versteinerte Professor“ Bernstein gegen Bömelsburg orakeln würde: „Es gibt im Völkerverleben Momente, wo höhere allgemeine Rücksichten auch die Zusage auf die Tagesordnung setzen, die in normalen Verhältnissen als ungeeignet befunden werden.“

Nicht darum handelt es sich jetzt, wie in verschiedenen Parteizeitungen zu lesen, gegen den Kölner Kongreß oder einzelne seiner Wortführer zu polemisieren, sondern darum, daß man in der Partei Einkehr hält, um ihre bedeutsame politische Macht auch praktisch wirksam zu machen. Mit dem Mythizismus des politischen Massenstreiks verhüllt

man doch nur eine unfähige Politik des jakobinischen Systems, das einst die agitatorische Kraft der Sozialdemokratie entwickeln half, aber untauglich ist zu politischem Schaffen, zu wirklich politischer Macht im Sinne positiver und dauernder Erfolge. Die Gewerkschaftsbewegung bedarf nicht des geschichtlichen Hinweises Bernsteins, seine Auslassungen sind nur ein Beweis für die politische Hilflosigkeit der Partei, die nicht vorwärts und nicht rückwärts kann, weil sie an Händen und Füßen gebunden ist durch ein der Zeit nicht mehr entsprechendes Programm und ihre daraus resultierende verkehrte Politik. Und deshalb sollen sich die Gewerkschaften für den politischen Massenstreik begeistern? Eine selbstverschuldete, haltlose Situation in irgend einer Partei soll durch eine die Gewerkschaftsarbeit zerstörende gemeingefährliche Theorie gerettet werden! Nein, lieber Ede, „et jeht so ooch!“ —

Im gedrängter Kürze wollen wir nur noch auf den dritten, in Köln mit allgemeiner Spannung erwarteten Tagesordnungspunkt eingehen: „Gewerkschaften und Genossenschaften“. Wir müssen gestehen, wir sind von dem dort Gehörten etwas enttäuscht. Sowohl von dem Referate des Herrn v. Elm wie von den Ausführungen des Herrn Kaufmann von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg. Von den geradezu reaktionären Anschauungen des Herrn Lorenz-Hamburg gar nicht zu reden. Wir haben von v. Elm über das Genossenschaftswesen schon Besseres gelesen als wir von ihm in Köln gehört haben. Es ist dies wohl darauf zurückzuführen, daß in der Praxis jede Sache ein andres Aussehen gewinnt, als sie es in der Theorie hat. Aber recht hat er darin, daß das Genossenschaftswesen eine vollwertige Waffe für die Arbeiterschaft werden kann, wenn diese im Sinne derselben tätigen Anteil an der Genossenschaftsarbeit nimmt. So lange dies nicht geschieht, wird man einseitig den Genossenschaften nicht höhere Lasten zugunsten der Arbeiter aufbürden dürfen, ohne sich durch eine das Ganze fördernde Mitarbeit zu revandieren. „Hand wird nur vor Hand gewaschen“, sagte Herr Kaufmann, und er hat damit bis zu einem gewissen Grade nur Selbstverständliches gesagt. Aber unter allen Umständen müssen wir seinen Anspruch bekämpfen: „Die Genossenschaften müssen konkurrenzfähig sein, oder sie werden nicht sein!“ Womit will man diese Konkurrenzfähigkeit herbeiführen? Mit dem Herabdrücken der Preise bei Lieferungen an die Konsumvereine, mit der Bevorzugung solcher Lieferanten, die infolge elender Löhne billig zu liefern vermögen? Das hat wohl Herr Kaufmann nicht gemeint, was bleibt aber als drittes übrig? Nicht viel mehr, denn in der angenommenen Resolution heißt es ausdrücklich, daß die Konsumvereine bei ihren Einkäufen Firmen, die ihre Waren ganz oder teilweise in der Hausindustrie herstellen lassen, möglichst von der Lieferung ausschließen sollen. Ist das nicht etwas dehnbar gehalten? Die allgemein auf dem Kongresse hervorgetretenen Klagen über den Mangel an genossenschaftlichem Geiste in den allermeisten Konsumvereinen, über direkte Arbeiterausbeutung, über den Bezug von in Buchhäusern gefertigten Artikeln usw. boten ein trübes Bild von der Rehrseite der Medaille. Was wir f. B. dem Konsumvereine Leipzig-Blagwitz gegenüber sagten, können wir daher heute nur wiederholen: Wenn die Konsumvereine nur bestehen können, daß sie sich an die üblichen Praktiken in der Privatindustrie anlehnen, daß sie nicht mit ein Vorkämpfer sind für die gewerkschaftlichen Organisationen mittels eines Druckes auf die Lieferanten, tarifliche Lohn- und Arbeitsbedingungen und das Koalitionsrecht der Arbeiter anzuerkennen, dann müssen den Arbeitern die Konsumvereine gleichgültig bleiben. Da wir uns aber auf den Boden der beschlossenen Resolution stellen, so ist zu hoffen, daß diese unerfreulichen Erscheinungen nach und nach ausgeremert werden, und daß durch die Anteilnahme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter am Genossenschaftswesen dieses seine höheren Aufgaben zu er-

fällen in der Lage ist. Es wird auf diesem Gebiete noch viel Arbeit zu verrichten geben, schrecken wir vor ihr nicht zurück, denn die von uns allen angestrebte wirtschaftliche Neuordnung muß auch den Weg über das Genossenschaftswesen nehmen.

Zu einer recht lebhaften Diskussion auf dem Kongresse führte auch der Punkt: „Die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitskammern oder Arbeiterkammern“, bei welchem die Referate Umbreit und Hue den Höhepunkt der ganzen Verhandlungen bildeten. Im Grunde genommen handelte es sich nur darum, was ist aus prinzipiellen, was aus praktischen Gründen anzunehmen. So viel steht für jeden Kenner der Sache fest, daß wir Arbeiterkammern noch lange nicht bekommen werden, und wenn ja, ob sie dann uns praktisch so nützlich wären wie Arbeitskammern. Die letzteren werden u. E. immer den Abschluß der Entwicklung bilden müssen, weil paritätische Kommissionen auf die Regierung immer von bedeutenderer Einwirkung sein werden als reine Arbeiterkammern. Den letzteren stimmte der Kongress nur zu, weil der Referent Hue die Prinzipalforderung stellte, auf einem Arbeiterkongresse für reine Arbeiterkammern zu plädieren, da ja auch die Unternehmer ihre gesonderten Kammern heute schon besäßen. Aber auch die Freunde der Arbeiterkammern, gegen die ja niemand etwas einzuwenden hat, waren sich darüber klar, daß sie nur ein Handelsobjekt sein würden und in praxi doch nur Arbeitskammern zustande kommen würden. Wir sagen: Wenn wir nur die schon hätten! Bei den Verhandlungen im Reichstage werden sich ja noch manche neue Momente herausstellen, die schließlich eine Kombination von Arbeits- und Arbeiterkammern ermöglichen könnten. Die fortschreitende gewerkschaftliche Entwicklung hat aber nach unserm Ermessen Arbeitskammern zur Folge.

Von den allgemeinen Punkten, welche der Kongress verhandelte, ist noch der Bericht über das Zentralarbeitssekretariat zu erwähnen, der durch ein auf der Höhe stehendes Referat des Abgeordneten Robert Schmidt erstattet wurde. In eine Diskussion wurde hierüber nicht eingetreten, und sie wäre auch nach Lage der Sache überflüssig gewesen.

Von den rein gewerkschaftlichen Arbeiten des Kongresses interessiert vor allem die Behandlung, welche das Kapitel Streikunterstützung erfuhr. Der unhaltbare Zustand, der sich hier im Laufe der Zeit herausgebildet und seinen Kulminationspunkt in der Crimmitschauer Affäre erreicht hatte, löste eine eingehende Debatte aus. Wir hatten bereits nach Beendigung des Crimmitschauer Streiks begründet, was zu geschehen habe, wenn verhindert werden soll, daß zum Teile schwach oder gar nicht organisierte Arbeiter einen Streik führen wollen, der gleich vom ersten Augenblicke an auf Kosten der Gesamtarbeiterschaft geführt werden muß. Unser in Nr. 36 von 1904 in dieser Sache niedergelegter Standpunkt ist inhaltlich auch von dem Kongresse zu dem seinigen gemacht worden, indem er beschloß, daß die Gewerkschaften ihre Beiträge so zu gestalten haben, daß sie die Kämpfe aus eignen Mitteln führen können. Ferner soll die Generalkommission das Recht haben, Sammlungen auszusprechen, ebenso ist ihr das Recht eingeräumt, den Gewerkschaften zu empfehlen, Extrabeiträge auszusprechen. Alle gesammelten Gelder sollen nur an eine Zentralstelle, und zwar an die Generalkommission, eingesandt werden. Das ist ein Beschluß, über den man sich herzlich freuen kann, denn bei seiner strengen Durchführung bedeutet er eine Verfestigung der Gewerkschaften, ein vor-heriges ernstes Abwägen aller bei einem Streik einschlägigen Momente, einen erzieherischen Einfluß in bezug auf die Erhöhung der Beiträge und eine Beseitigung der Anarchie bei Sammlungen für Streiks. Eine Anzahl von Anträgen, welche die „Schaffung eines sogenannten Generalkreißfonds zum Endziele“ hatten, wurden naturgemäß glatt abgelehnt.

Ein vorzügliches Referat hielt auch der Maler G. Link über die Aufgaben der Gewerkschafts-

kartelle in der Gewerkschaftsorganisation. Hier kamen alle die bekannten Klagen über die Uebergriffe, Eigenmächtigkeiten und zum Teile über die Unfähigkeit der Kartelle, ihren wahren Aufgaben nachzugehen, zum Vorschein. Der Referent verwies mit Nachdruck darauf, daß die Kartelle vor allem in Fragen des Arbeiterschutzes aufklärender zu wirken hätten als bisher. Ein für allemal müsse aber den Kartellen verboten werden, nach eignem Ermessen Sammlungen zu veranstalten, ohne sich vorher mit den Zentralvorständen oder der Generalkommission in Verbindung gesetzt zu haben. In den Lokal- und Sekretariatsfragen müsse seitens der Kartelle weises Maß gehalten werden, soll nicht die Arbeiterschaft durch ein sprunghaftes Vorgehen benachteiligt werden. Gesichtspunkte, die man samt und sonders untersuchen kann. Gegen einen Antrag Dortmund, welcher alle Zahlstellen oder Filialen solcher Zentralorganisationen, die der Generalkommission angeschlossen sind, verpflichtet, sich den örtlichen Kartellen anzuschließen, wurden Bedenken erhoben, da einzelne Verbände ihren Zahlstellen diese Verpflichtung nicht auferlegen können, ohne die Organisation zu gefährden. Beschlossen wurde ein Antrag Knoll, daß sich die einzelnen Zweigvereine den Kartellen anzuschließen haben, wenn sich dieselben in den Grenzen der ihnen zugewiesenen Aufgaben halten.

Die Frage der gewerkschaftlichen Unterrichts-kurse fand nach kurzer Debatte dahin ihre Erledigung, daß die Generalkommission ermächtigt wird, das weitere auf ihre Kosten in die Wege zu leiten. Sobald hier der erste Spatenstich getan wird, ist auf die Sache zurückzukommen.

Eine Resolution, welche die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber betraf, fand einstimmige Annahme durch den Kongress. Dieser Resolution (siehe Nr. 61) ist absolut nichts mehr hinzuzufügen. Sie begründet ihre Notwendigkeit in der durchschlagender Weise. Die Kommission zur Beseitigung dieser unzeitgemäßen Einrichtung im modernen Wirtschaftsleben setzt ihre Arbeiten fort, deren Kosten ab 1. Januar 1909 die Generalkommission übernimmt.

In den letzten Stunden des Kongresses begannen die stets lebhaften Debatten über die sogenannten „Grenzstreitigkeiten“. Es macht einen etwas deprimierenden Eindruck, wenn dieselben Leute, die sich die internationale Verbrüderung so leicht vorstellen und glauben im Handumdrehen die schwierigsten wirtschaftlichen und politischen Probleme lösen zu können, sich wegen relativer Kleinigkeiten in der eignen Branche nicht zu einigen vermögen. Wer den Blick aufs Ganze richtet, dessen Wille kann doch nur sein, unter Ueberwindung mehr eingebildeter als tatsächlicher Hindernisse zur möglichst kraftvollsten Organisation zu gelangen. Was z. B. die Graveure verhindern mag, dem Metallarbeiterverbände beizutreten, vermögen wir beim besten Willen nicht einzusehen. Und so steht es in ähnlichen Fällen bei manchen anderen Verbänden auch. Deshalb wird auch nie eine befriedigende Lösung in den Debatten über „Grenzstreitigkeiten“ erzielt werden können. Das Schwierige der Zukunft liegt für die Gewerkschaften in der Hilfsarbeiterfrage; diese wird namentlich den hochentwickelten Gewerkschaften noch manche Nuß zum Knacken aufgeben, aber unmöglich ist auch ihre Lösung nicht, weil diese herbeigeführt werden muß.

Wir wären am Schluß unserer Betrachtungen über den Kölner Kongress. Es ist selbstverständlich in dieser kurzen Fassung nicht möglich, alle bemerkenswerten Vorgänge nach jeder Seite hin zu beleuchten und erschöpfend zu behandeln; es kam uns vielmehr nur darauf an, einige Schlaglichter auf bedeutsame Momente und Erscheinungen zu werfen, welche tief in das Gewerkschaftsleben, unsere Arbeiten und Taktik eingreifen. Summa Summarum können wir sagen, daß der Kölner Kongress dank der ganzen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung es an manchen Stellen an der nötigen Selbständigkeit fehlen ließ, aber der nächste in

Hamburg stattfindende Kongress wird hier vieles nachholen, weil die deutschen Gewerkschaften immer mehr zur ausschlaggebenden Macht in der Arbeiterbewegung heranreifen. Der tiefen Erkenntnis gab aber der Kongress Ausdruck, daß nur die stete Arbeit die Vervollkommnung der Gewerkschaften herbeiführen, daß nur sie uns vorwärts bringen und die Zukunft verbürgen wird. Arbeiten wir also!

Und nun zum Schluß noch etwas Persönliches. In der Sitzung vom 26. Mai behauptete der Reichstagsabgeordnete und Redakteur des Schußmachersfachblattes, Bod-Gotha, Neuhäuser habe seinerzeit in „Corr.“ erklärt: „eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung habe mehr zu bedeuten als die drei Millionen Stimmen der Sozialdemokratie“. Trotz unserz Widerspruch — wir konnten als Berichterstatter für den „Corr.“ das Wort nicht erhalten — hielt Bod andern Tags diese seine Behauptung aufrecht. Man kann daraus ersehen, mit welcher bodenlosen Leichtfertigkeit Herr Bod operiert, denn solch eine Dummheit ist uns nicht im Schlafe eingefallen und Bod wird in seinem ganzen Leben den Beweis für seine Behauptung nicht antreten können. Wir wollen den Herrn Bod aber mit der Nase auf Tatsachen stoßen. In Nr. 5 vom 18. Januar 1900 — also vor 5 1/2 Jahren — schrieben wir in einer Abwehr gegen zahllose Angriffe in Parteizeitungen auf unsern Verband:

„Aber die Herren mögen wüthen so viel sie wollen, soweit sind die deutschen Gewerkschaften Mann genug, daß sie mit der hohhaften Verbissenheit und dem heuchlerischen Gebaren von Leuten fertig werden, die das wahre Arbeiterleben nur aus Wüthen und Versammlungen kennen, die aber keine Ahnung haben, wie das Leben in der Werkstätte sich abspielt, wo mit pompösen Resolutionen, mit 2 Millionen Stimmen und 57 Abgeordneten noch keine Viertelfunde Arbeitszeitverkürzung und keine 5 Pf. Lohnerhöhung durchzusetzen sind. Das zu erreichen ist Sache der praktischen Tätigkeit, ist unterworfen den Verhältnissen und Einflüssen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Lebens, und sich damit nach Lage der Sache abzufinden bleibt der gewerkschaftlichen Taktik vorbehalten, die gegündet ist auf langjährige praktische Erfahrung und genaue Kenntnis der beruflichen und allgemein-wirtschaftlichen Verhältnisse.“

Es ist also der wahre Wortlaut und Sinn ein ganz anderer als uns Bod unterschiebt, und zum Beweise dessen, daß gerade im entgegen-gesetzten Sinne als Bod dem Kongresse erzählt hat, wir über den Ausspruch des Herrn Bod denken, geht aus unseren Worten hervor, die wir auf eine Rede Bebels über unser obiges Zitat in Nr. 68 vom 16. Juni 1900 schrieben:

Wenn uns Bebel unterschiebt, wir hätten die 57 Abgeordneten und zwei Millionen Stimmen als ganz nebenächlich bezeichnet, so hat er eben unsern Anspruch ausgeschlachtet, wie er ihm in den Kram paßte. Daß man einen so beträchtlichen Prozentatz der Reichstagsmitglieder und eine so große Stimmenzahl nicht ignorieren kann, braucht nicht erläutert zu werden.“

Es wird Sache des Herrn Bod sein, seine doppelte Erklärung in Köln zu widerrufen oder weiter aufrecht zu erhalten. Weides ist uns natürlich gleichgültig.

Nebrigens wird unsere Auffassung sehr lebhaft geteilt von einem dem Herrn Bod sehr nahe-stehenden Genossen, und zwar von dem Reichstags-abgeordneten Hue (Otto, es wird Dich doch nicht Dein Mandat kosten?! N.), der am 17. Januar 1903 in der „Bergarbeiterzeitung“ schrieb:

„Darum bleibt aber doch wahr, daß die hauptsächlichste Beeinflussung der innern und äußern Politik von den wirtschaftlichen Verbänden ausgeht! Ein Bued ist kein Parlamentarier, ja es gehören formell nur sehr wenige Parlamentarier dem von Bued vertretenen Zentralverband der Industriellen an; und doch hat Generalsekretär Bued hundertmal mehr Einfluß auf die Reichs-politik wie Bebel, hinter dem 57 Fraktionskollegen und über 2 1/2 Millionen Wähler stehen. Die Unter-nehmer haben viel besser wie die Arbeiter erkannt, daß nachhaltiger politischer Einfluß am besten durch starke wirtschaftliche Organisationen ausgeübt werden kann.“

Korrespondenzen.

F.-ch. Bezirk Duisburg. Am 21. Mai wurde in Wesel unsere zweite diesjährige Bezirksversammlung abgehalten, der am Vormittage eine öffentliche Buchdrucker-Versammlung vorausging, zu der sämtliche Kollegen Wesels eingeladen waren. Wie dies nun oft vorkommt, hatte es die Mehrzahl der Nichtmitglieder vorgezogen, nicht zu erscheinen. Die Herren halten es ja nun einmal nicht für nötig, sich der Organisation anzuschließen. Sie pochen auf ihre „dauernde“ Kondition und ernten gern ein, was die Verbandsmitglieder in oft bitteren Kämpfen säen. Erst wenn der „eiserne Kollege“ kommt, der sie mitteillos eines andern befehlt, der ihnen ad oculos demonstriert, daß die „ewige“ Kondition in die Reihe der Geschädigten gehört, die mit: „Es war einmal . . .“ anfangen, dann kommen sie endlich zu demjenigen, den sie früher nicht nötig hatten: dem Verbands. Dann sind ihnen die Augen geöffnet worden, und das haben sie — und dieses ist das einzig Gute, welches sie den Buchdruckern beschert — der Segnmaschine zu verdanken. Kollege Schneider-Wanne referierte in dieser Versammlung über: „Die sozialen Gefahren der Buchdrucker und wie wir verhindern wir dieselben.“ In fast zweistündiger Rede zeichnete er den aufmerksam Zuhörenden die historische Entwicklung des Buchdruckerzweiges, schilderte die Kämpfe der Gehilfen um denselben und forderte die erschienenen Nichtmitglieder zum Schluß auf, sich dem Verbands anzuschließen, was den Erfolg hatte, daß sich zwei Nichtmitglieder direkt zur Aufnahme meldeten. In der sich anschließenden Diskussion wurden besonders das Amtsblatt (Sinde & Mallinckrodt) und das Zentrumsblatt (Winfred Nomen) einer scharfen Kritik unterzogen. Während ersteres entgegen vielen Regierungen und Staatsbehörden den Tarif strikte ignoriert, macht letzteres schwer in Arbeiterfreundlichkeit, lehrt den Wert der gewerkschaftlichen Organisation, hebt den Nutzen und Segen der Tarifgemeinschaft in den siebenten Himmel und — läßt in seinem Betriebe keine Spur davon entdecken. Theorie und Praxis! Eine Resolution befaßte sich denn auch in nicht gerade lebenswürdiger Weise mit den beiden Druckerzeitschriften, und soll dieselbe dem Weseler Publikum durch Veröffentlichung in einem dortigen, den Tarif anerkennenden und bezahlenden Blatte zur Kenntnis gebracht werden. Hoffentlich wird es bald in den Köpfen der indifferenten Weseler Kollegen Licht! — Nachmittags 4 Uhr nahm dann die Bezirksversammlung ihren Anfang. Sie wies einen sehr guten Besuch auf. Der Vorsitzende Berndt begrüßte die Erschienenen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen ruhig und sachlich geführt werden möchten. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Schriftführer das Protokoll der letzten Bezirksversammlung. Durch die Verlesung wurde die Sache Bezirksvorstand Duisburg kontra „Corr.“-Redaktion bzw. Zentralvorstand wadgerufen. Es handelt sich bekanntlich um die „Millionen“-Forderung des Bezirks Duisburg zum Vergarbeiterstreik. (Anmerkung der Redaktion: Wir haben keine Veranlassung, in diesem Berichte all das wiederzugeben, was wir seinerzeit schon einmal im Einverständnis mit dem Zentralvorstande abgelehnt haben. Dadurch, daß man auf diese Weise die ganze Geschichte wieder aufzuwärmen versucht, wird sie für den „Corr.“ nicht aufnahmefähiger. Da sich die Duisburger Kollegen bei der Generalversammlung beschwert haben und ihre Beschwerde dort zur Verhandlung kommt, ist vorläufig die Sache für den „Corr.“ erledigt. Aber da wir in Anbetracht unserer gefährdeten Stellung doch etwas nachgebiger geworden sind, mag wenigstens die einstimmig beschlossene Resolution hier (Abdruck finden.) Die heutige stark besuchte Bezirksversammlung verurteilt ganz entschieden das Vorgehen des Zentralvorstandes bzw. der „Corr.“-Redaktion gegenüber dem Bezirk Duisburg. Nach Einsichtnahme des Originalmanuskriptes des Bezirksversammlungsberichtes ist sie zu der Überzeugung gelangt, daß der Bericht des Schriftführers, Kollegen Fisch, ganz objektiv abgefaßt worden ist, und die Redaktion des „Corr.“ sowohl wie der Zentralvorstand den Bezirk Duisburg aus unerklärlichen Gründen lächerlich zu machen versucht sowie ihm etwas unterstellt, das in dem Berichte gar nicht enthalten ist! — Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Der Vorsitzende gedachte unter „Geschäftliches“ der verstorbenen Kollegen Paul Kerchen und Fritz Hülsenbusch. Innerhalb eines starken halben Jahres hat der Tod fünf brave Kollegen aus unserer Mitte gerissen. Die Versammlung ehrte das Andenken der Verbliebenen durch Erheben von den Sigen. Kollege Wimar erteilte unter dem zweiten Punkte den Kassenbericht. Die beantragte Entlastung wurde ihm erteilt. Er machte dann noch bekannt, daß ihm vom Gautage der beantragte Bücherschrank bewilligt worden sei. Der dritte Punkt: „Bericht vom Gautage“, war durch seine Veröffentlichung im „Corr.“ hinfällig geworden, man trat daher direkt in die Diskussion über denselben ein. Aus dieser sei erwähnt, daß sich sämtliche Kollegen gegen das Weiterbestehen aller Zuschußkassen und Klüßen aussprachen und hoffen von den Delegierten zur Generalversammlung, daß diese für Aufhebung derselben stimmen werden. Zum vierten Punkte: „Johannisfest“, kam man nach längerer Aussprache zu dem Beschlusse, die Feier des Gedentages unferst Altmeisters den einzelnen Ortsvereinen zu überlassen, von einem Bezirksjohannisfest wurde also Abstand genommen. Unter „Verschiedenes“ wurde die Ansicht geäußert, daß es dringend notwendig sei, durch einzelne

Kurze in technischen, organisatorischen resp. tariflichen Fragen das Verständnis der Kollegen für dieselben zu heben. Man begegne oft bei Mitgliedern einem totalen Mangel an den elementarsten Kenntnissen in tariflichen Sachen. Hier könnten belehrende Vorträge nur aufklärend wirken. Jeder Ortsverein könne solche Kurse in seinen Monatsversammlungen selbst einrichten. Der Erfolg würde ein guter sein. Den ausgesperrten Brauereiarbeitern sprach die Versammlung dann noch ihre Sympathie aus und gelobte, durch Boykott sämtlichen Ringbieres dieselben moralisch zu unterstützen. Mit einem Hoch auf den Verbands schloß der Vorsitzende die Versammlung.

w. Freiburg i. Br. Bei einer Beteiligung von über 200 Kollegen wurde letzten Sonntag die diesjährige Frühjahrsvorstandsversammlung abgehalten. Von auswärts waren Kollegen erschienen von Emmendingen, Enzingen, Herbolzheim, Kenzingen, Neustadt, Staufen, Sulzburg und Waldkirch. Zu Beginn und am Ende der Versammlung erfreute die „Typographia“ die Kollegen mit einem wirkungsvoll vorgetragenen Liebes. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die tariflichen Verhältnisse und Zustände im Bezirk. Seit dem Erscheinen des Gauberichtes haben sich Veränderungen von Bedeutung nicht ergeben. In Freiburg hat Herr Schlenker, der früher schon einmal Buchdruckerbesitzer war, sich abermals eine Druckerei zugelegt. Eine weitere Druckerei resp. Stempelfabrik soll von Herrn Pappbedarfsfabrikant Strohm errichtet werden. Bestreife gegen die tarifliche Ordnung usw., wie sie da und dort vorkamen, wurden meistens durch Vorstelligwerden bei den Geschäftsinhabern erledigt. Aus den Bezirksorten ist zu berichten, daß von den Druckereibesitzern in Herbolzheim, Kenzingen, Waldkirch und Breisach der Tarif anerkannt wurde. Im letztern Orte stehen jedoch gegenwärtig keine Mitglieder in Kondition. Zurück stehen jetzt nur noch Staufen und Neustadt, welche aber hoffentlich bald nachfolgen werden. Aus einigen Orten, wo die Kollegen noch Kost und Wohnung beim Prinzipale haben, seien in letzter Zeit Klagen über schlechtes und ungenügendes Essen eingelaufen. In Emmendingen gelang es dem energischen Eingreifen der dortigen Gehilfen im Vereine mit dem Bezirks- und Gauvorstande und dem Tarifamte, ein Ueberstreiten der Gehilfenkassa zu verhindern. Aufnahmefähigkeit lagen der Versammlung zwei vor. Mit Befriedigung konnte der Vorsitzende die Mitteilung machen, daß sich sämtliche Kollegen, welche dieses Frühjahr die Lehre beenden konnten, dem Verbands angegeschlossen haben. Aus der vom Bezirkskassierer gegebenen Abrechnung ist von Bedeutung, daß dieselbe am 1. Januar 1905 einen Bestand von 1461,73 Mk. aufwies. Zu Zukunft soll die Abrechnung auf dem Antwortzettel veröffentlicht werden. Ueber die am 9. April in Offenbach abgehaltene, vom Gauvorstande einberufene Bezirksvorstandskonferenz referierte der Vorsitzende. (Ueber dieselbe wurde schon im „Corr.“ berichtet.) Gauvorsteher Lindenlaub unterrichtete in längeren Ausführungen über das internationale Buchdruckersekretariat und seine Tätigkeit. Ueber das Invalidenversicherungsgesetz ließ Gaukassierer Friedrich einen längeren Vortrag. Ausgehend von dem Entstehen dieses Gesetzes und den seither vorgenommenen Änderungen und Verbesserungen, erläuterte der Vortragende zunächst die Versicherungspflicht und die Rechte den Versicherungsanstalten gegenüber, führte sodann die Leistungen der einzelnen Versicherungsanstalten in bezug auf Heilstättenbehandlung vor und erläuterte die Wahlen zu den einzelnen Vertretungskörpern der Versicherungsanstalten. Ganz besonders hob Redner hervor, daß z. B. die Versicherungsanstalt Baden außer der Heilstättenbehandlung für die verschiedensten Krankheitsarten auch noch Zuschüsse zur Beschaffung von Zahnersatz gewähre, wenn durch ärztliches Zeugnis die Notwendigkeit eines solchen konstatiert wird. Weiter wandte sich Redner gegen die irrige Ansicht, beim Austritte aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung (namentlich bei weiblichen Personen) sich die geleisteten Beiträge rückerstatten zu lassen, während man sich für ein ganz geringes Geld seine Anrechte auf alle die Vorteile der Invalidenversicherung wahren könne. Dagegen würde es meistens unterlassen, bei eintretendem Todesfalle sich die Beiträge zurückzahlen zu lassen. Zum Schluß seiner Ausführungen kam Redner noch auf die namentlich bei uns Buchdruckern vielfach verbreitete Meinung zu sprechen, als würde dadurch, daß man sich auch mit Sozialpolitik befaßt, die Politik in die Versammlungen hineingetragen. Der Satz, daß im Verbands keine Parteipolitik, wohl aber Sozialpolitik getrieben werden solle, werde eben sehr oft mißverstanden. Als neutrale Gewerkschaft wollen wir keinem unserer Mitglieder verbieten, sich der ihm zugewandten politischen Partei anzuschließen, aber in gewerkschaftlicher Beziehung können und müssen wir von unseren Mitgliedern verlangen, daß sie sich nicht von den christlichen Gewerkschaften ins Schlepptau nehmen lassen, sondern namentlich bei den hier in Betracht kommenden Wahlen zu den Krankenkassen, Gewerkergerichten, Handwerkskammern, Landesversicherungsanstalten sich streng an die gegebenen Verhältnisse halten und für die Listen der freien Gewerkschaften eintreten. Niemand aber könne es gebudt werden, daß Verbandsmitglieder sich von den christlichen Gewerkschaften vorschlagen und wählen lassen, oder daß sie gar für solche agittieren. Unter den nächsten Tagesordnungspunkten wurde der Ortsvorstand als Bezirksvorstand bestätigt und eine Kommission zur Neubearbeitung des Bezirksstatutes gewählt. Das Johannisfest soll als Bezirksjohannisfest am 9. Juli in Emmendingen abgehalten werden. Unter

„Verschiedenes“ wurde noch das Verhalten eines Verbandskollegen, welcher immer wieder die Arbeit ohne triftige Gründe aufgibt, einer Kritik unterzogen, und soll der Zentralvorstand wegen Ergreifung scharferer Maßregeln angegangen werden. Mit einem Hoch auf den Verbands wurde die Versammlung nach dreistündiger Tagung geschlossen. Von den Kollegen Hutterer-Nürnberg und Dold-Regensburg waren Begrüßungen eingegangen.

B. Gießen. (Mitgliederversammlung vom 27. Mai.) Der Vorsitzende Holland eröffnete die gut besuchte Versammlung und gab u. a. bekannt, daß der Rechenschaftsbericht des Gaus bereits zur Ausgabe gelangt sei. Bezüglich der Johannisfeier, die am 18. Juni begangen werden soll, erstattete die hierzu gewählte Kommission befriedigende Mitteilungen. Bei der hierauf folgenden Beratung der Anträge zur Generalversammlung war es der allgemeine Wunsch der Versammlung, und wurde unser Delegierter Kollege Holland damit beauftragt, gegen jede Erhöhung des Beitrages sich zu erklären. Das Schmerzgenfkind am hiesigen Orte, die sozialdemokratische „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“ (Heppeler & Meyer) stand auch wieder auf der Tagesordnung. Auf die fortwährenden Tarifverlegungen, welche sich obige Firma zu schulden kommen läßt und mit welchen sich unsere Versammlungen seit Jahren beschäftigen, hier näher einzugehen, würde zu weit führen. Im Verlaufe der sich hieran knüpfenden heftigen Debatte wurde folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung wolle beschließen, beim Kreisvertreter zu beantragen, die Firma Heppeler & Meyer wegen fortgesetzter Tarifwidrigkeiten aus dem Tarifverzeichnisse zu streichen. Die Gründe, welche die Versammlung zu diesem Beschlusse bewegten, soll der Vorstand in seiner diesbezüglichen Eingabe motivieren.“ Diese vorhergehende Debatte veranlaßte u. a. auch, der Frage einer Filiale der Hilfsarbeiterorganisation näher zu treten, und wurde in dieser Frage folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung wolle beschließen, der Vorstand wird beauftragt, sich wegen Gründung einer Filiale der Buchdruckerhilfsarbeiter mit diesen in Verbindung zu setzen und zu diesem Zwecke eine Versammlung einzuberufen.“

O. D. Glogau. Zu der letzten, am 5. Mai abgehaltenen Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins hatten sich erfreulicherweise viele Mitglieder eingefunden, welcher günstige Umstand wohl in der reichhaltigen Tagesordnung zu suchen war. Nach Begrüßung der Versammlung durch den Vorsitzenden Hieslcher und der üblichen Berlesung der Vereinsmitteilungen und des Protokolls der vorigen Monatsversammlung, das genehmigt wurde, folgte der Rechenschaftsbericht pro erstes Quartal, wofür dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Hieran anschließend wurde der Bericht des Reichskasserverwalters zur Kenntnis gebracht, welchem die Aufnahmefähigkeit von sieben Kollegen fehlte. Dieselben wurden dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen und ermahnte der Vorsitzende dieselben, sich stets bewußt zu sein, welche Verpflichtungen nunmehr ihnen ihren Rechten gegenüberstehen. Vor allem sei es notwendig, sich mit der Durchsicht des Statuts zu befassen, um so daraus zu lernen. Dadurch würde viele Arbeit und Zeit und nicht zum wenigsten auch Portogelder erspart. Wegen Resten ausgeschloffen wurden die Mitglieder Heilscher-Glogau und Ostburg-Gagan, letzterer ist nicht mehr in unserm Berufe tätig. In ausführlicher Weise erstatteten hierauf die Gautagsdelegierten über die Ltern in Breslau abgehaltene Generalversammlung des Gaus Schlessen Bericht und wurde denselben durch Erheben von den Plägen der Dank der Versammlung für ihre Tätigkeit ausgedrückt. Schließlich muß noch der Lokaltage Erwähnung getan werden. Nachdem der hiesige Ortsverein zehn Jahre lang in den Räumen der „Stadtbrauerei“ domizilierte, machte sich die Wahl eines größeren Vereinslokals notwendig, da die Mitgliederzahl eine erhebliche höhere geworden ist. Und so wurde es dem Vorstande überlassen, Sorge für eine neue Unterfussstätte zu tragen. Dies Lokaltageproblem wurde in bester Weise gelöst, indem sich dem Ortsvereine die gaslichten Räume des „Victoria-Hotels“ erschlossen, welche genügend Raum bieten und es sehr wünschenswert, daß die Versammlungen immer so besudt sein möchten, wie es bei dieser der Fall war. Mit diesem Wunsche schloß der Vorsitzende punkt 12 Uhr die Monatsversammlung. — Am 21. Mai konnten wir den Gauvorsteher C. Fiedler in unserer Mitte begrüßen, welcher zwecks Abhaltung eines Vortrages über: „Die Industrie und drucktechnische Entwicklung im Buchdruckerverband“, verbunden mit einer Druckadenausstellung, hieselbst erschienen war. Die nach dem „Schlüssenhaus“ einberufene Versammlung war fast vollständig besudt und wurde vom Vorsitzenden Hieslcher um 11¹/₂ Uhr eröffnet, der nach kurzer Begrüßung dem Vortragenden zu seinem Referate das Wort erteilte. Redner schilderte in allgemeinverständlicher Weise die ersten Anfänge, die Herstellung des Gases zu beschleunigen, wie schon im Jahre 1775 in Frankreich durch Anwendung von Logotypen diesem Wunsche Rechnung getragen werden sollte. Doch entsprachen alle Verjude nicht den gehegten Erwartungen, bis die Konstruktion von Segnmaschinen ein rationelleres Arbeiten ermöglichte sollte. Doch von allen bis jetzt bekannten Systemen haben nur Linotype, Typograph und Monoline festen Fuß gefaßt. Des weitern schilderte der Referent die Monotype und Murrays Zusatzmaschine an Segnmaschinen. Zur Entwicklung der Druckmaschinenindustrie übergehend, wies Redner hierbei auf die erstelzten phänomenalen Erfolge hin, von der im Jahre 1810 von König erbauten ersten Schnellpresse aus auf die heutigen Nota-

tionsmaschinen hindeutend. Auch in der Schriftgießerei seien große Fortschritte zu verzeichnen, die beispielsweise die Einführung der Komplettmaschinen und die dadurch herbeigeführte Verdrängung der Handmaschinen hervorgerufen haben. Redner machte hierbei auf das ausgestellte 300 Jahre alte Gießinstrument besonders aufmerksam. Ebenso habe sich auch die Stereotypie und die Papierfabrikation bedeutend emporgeschwungen. Werde durch die maschinellen Einführungen die Uebergangszeit eine sehr schwere, so dürfe man sich doch denselben nicht verschließen, und könne der Kampf um's Dasein am besten durch den Zusammenschluß aller Gehilfen geführt werden. Der Abschluß von Tarifgemeinschaften habe speziell gezeigt, daß durch ein Hand-in-Handarbeiten das gesteckte Ziel sich eher erreichen lasse, und sei dies auch die beste Entwicklung für unser Gewerbe. Mit einem Hinweise auf den ersten Satz in unserm Tarife, seine Ursachen, Wirkung und Verpflichtungen erläuternd, schloß Kollege Fiedler seinen 1 1/2 Stunden währenden Vortrag. Der Vorsitzende sprach ihm den Dank der Versammlung aus und schloß mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf den Verband wie den Vortragenden die Versammlung. — Von der Druckausstellung seien besonders künstlerisch ausgeführte Drei- und Vierfarbendrucke erwähnt, worunter auch die hiesige Firma Flemming vertreten war; ferner Farbenproben, Stereotypie- und Schriftgießereiergebnisse sowie Photographien verschiedener Sechsmaschinensysteme. Das hierauf folgende gemüthliche Beisammensein, das im Vereinslokale „Victoria-Hotel“ seinen Abschluß fand, beschloß den genussreichen Tag.

F. Halle a. S. In der am 20. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden nach Erbringung des im hiesigen Krankenhaufe verstorbenen Kollegen Adler-Klein-Fena sechs Kollegen in den Verband aufgenommen. Unter diesen befanden sich auch einige bereits wegen Nesten ausgeschlossenen Mitglieder, welche von der Versammlung ganz energisch ins Gebet genommen und unter Androhung sofortiger Streichung aus dem Mitgliederverzeichnis verwarnt wurden, in Zukunft überhaupt mit keinem Beitrage im Rückstand zu bleiben. An den hierauf von Vorsitzenden erstatteten Bericht über die Gantagsverhandlungen knüpfte sich eine kurze Diskussion, an deren Schlusse die Versammlung als Aequivalent für die Mittelreuebung der örtlichen Kassen-geschäfte durch den Gauverwalter die Zahlung von 200 Mk. an die Gantasse bewilligte, wie dies von den hiesigen Delegierten dem Gantage in Vorschlag gebracht und von diesem akzeptiert wurde. Zum Punkte „Besprechung der Generalversammlungsanträge“ referierte der Gauvorsitzer Hallup. Das Referat befaßte sich speziell mit den die Verwaltung, die Tarifgemeinschaft und die Unterhaltungen betreffenden Anträgen. Bezüglich der den Gauvorsitzenden größere Machtbefugnisse einräumenden Anträge führte Referent aus, daß diese für die Vorstände zwar sehr verlockend wären, er müsse sich jedoch gegen eine weitere Ausdehnung ihrer Befugnisse wenden. Denn mit gesteigerter Macht wachse auch die zu tragende Verantwortung und diese müsse beim Zentralvorstande liegen. Zudem strebten die Anträge zum Teile nur das an, was in der Praxis längst geübt werde, weshalb das Fortbestehen des bisherigen Zustandes zu empfehlen sei. Auf die Tarifgemeinschaftsanträge übergehend, stützte er die durch den Abschluß der fast allen deutschen Kollegen Gemeingut gewordenen Tarifgemeinschaft ohne Zweifel erlangenen bedeutenden Erfolge und kam zu dem Schlusse, daß der Tarif nicht, wie beantragt, zu kündigen, sondern daß die auf Revision abzielenden Anträge zu unterstützen seien. Wie die Kündigung, so halte er auch den Abschluß von Organisation zu Organisation aus taktischen Gründen für unangebracht. Aus der Ummenge der Unterstufungsanträge sei ohne gleichzeitige Beitrags-erhöhung nur ein verschwindend kleiner Teil zu verwirklichen. Fortgesetzt würden an die Kassen höhere Anforderungen gestellt, da aber die Beiträge mit Nicht schon jetzt als an der Höchstgrenze angelangt bezeichnet werden, müßten eben die meisten Anträge unter den Tisch fallen. Die Einführung der Witwenunterstützung würde dem Verbands zum Schaden gereichen, dieser dürfe nicht auf das Niveau einer Versicherungsanstalt herabgedrückt werden, und die Anträge um Sterbegeldverbesserung säßen oftmals weit über's Ziel hinaus. Ebenso sei den Anträgen, welche die Zustufen beseitigen wollen, nicht zuzustimmen, denn wie im Tarife für die größeren Orte Votalschlüsse festgesetzt sind, so bedürften diese bei ihrem teureren Maister auch der Zustufenbeseitigung. Was die auch jetzt wieder im „Corr.“ so beliebten unethischen Polemiken betreffe, so müsse diesen von der Generalversammlung einmal ein Riegel vorgeschoben werden. Die Diskussion bewegte sich im großen und ganzen in den Bahnen des Referates und wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß auch von den Großstädten Disziplin zu fordern und von diesen zu beachten sei. Alle Redner plädierten mit einer Ausnahme (welche für Kündigung des Tarifes, wenn diese aber nicht zu erreichen, für kurzfristigen Abschluß desselben sowie Abschluß von Organisation zu Organisation und Beseitigung des Staffeltarifes eintrat) für Revision des Tarifes, und die Versammlung ersuchte mit allen gegen zwei Stimmen die Delegierten, in diesem Sinne zu wirken. Nachdem vom Vorstande einige auf das am 24. Juni im Zoologischen Garten zu feiernde Johannisfest sich beziehende Mitteilungen gemacht waren, wurde auf seinen Antrag die Nummerierung der Tariffchiedsgerichtsbesitzer mit 50 Pf. pro Sitzung beschlossen. Weiter ließ der Vorsitzende König zum Besuche des Zoologischen Gartens am 28. Mai ein, an welchem Tage der Buchdrucker-

orchesterverein daselbst konzertiert. Desgleichen erging seitens der Kartelldelegierten eine Einladung zu dem für den 4. Juni arrangierten „Simpfziffmüssabend“, allen Besuchern genussreiche Stunden in Aussicht stellend. Den Schluß bildete eine Anregung an den Vorstand, in einer hiesigen tariftreuen Druckerei eine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder einzuleiten. Anwesend waren 122 Mitglieder.

H. Hamburg. (Norddeutscher Maschinenfabrikerverein.) Am 21. Mai wurde eine gut besuchte Versammlung abgehalten, in der fünf Kollegen zur Aufnahme gelangten, während drei austraten und einer ausgeschlossen wurde. Einer Mitteilung der Zentralkommission der Maschinenfabriker nachkommend, machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß bei Konditionsangeboten aus Berlin Stellungen unter 40 Mk. Lohn nicht angenommen werden möchten, auch seien Erkundigungen an zuständiger Stelle vor Antritt einer Berliner Kondition einzuholen. Erstausen erregte die Beschäftigung von Mädchen an Sechsmaschinen bei der Firma R. F. Dietrich in Dresden; letztere brauche anscheinend Maschinenfabriker nur in Notfällen. Die Dresdener Kollegen haben die Absicht, die Streichung der Firma aus dem Verzeichnisse der tariftreuen Druckereien zu beantragen. Auf das aus Anlaß seines Stiftungsfestes an den Schlesiern Maschinenfabrikerverein abgeordnete Glückwunschtelegramm ließ eine Dank-sagung ein. Am zweiten Dinstage fand unter Teilnahme eines Vorstandsmitgliedes unser Vereins eine Besprechung in Bremen statt, umklärung zu schaffen in Sachen der Maschinenfabriker des „Bremer Tageblattes“. Wie es scheint, werde wohl jetzt Ruhe dort eintreten, da eine Einigung zwischen der Geschäftsleitung und den Kollegen stattfand. Für die geplante Aufstellung unsers Kreises zwecks besserer Agitation haben sich bisher Kollegen aus folgenden Orten erklärt: Reine, Plön, Kiel, Bremen, Babel, Detmold, Melle und Hildesheim. Zu der bevorstehenden Tarifrevision wurde von mehreren Seiten angeregt, dahin zu wirken, daß den im Werkschloß beschäftigten Maschinenfabrikern dieselbe Arbeitszeit zugestanden werde wie für Zeitungsfabriken. Es sei durchaus kein Grund vorhanden, den Werkschloßern an der Maschine die achtstündige Arbeitszeit vorzuenthalten. Ein Vorschlag aus der Versammlung, die vom Brandenburgerischen Maschinenfabrikerverein herausgegebenen „Technischen Mitteilungen“, welche jetzt nur in 50 Exemplaren unseren Mitgliedern zur Verfügung stehen, jedem Mitgliede zutommen zu lassen, wurde bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt.

Hannover. An den beiden Freitagstagen macht unsre Liebertafel „Typographia“ eine Sängertour nach Bielefeld und Detmold, um einen fest zwei Jahren in Aussicht genommenen Gegenbesuch der Bielefelder Kollegen zu vollziehen. Ein Teil der Kollegen der Gause Rheinlands-Westfalen und Hannover werden sich die Hände zu treuer Kameradschaft reichen und einige frohe Stunden gemeinsam verleben. Durch diesen Besuch erklärt sich auch unsre Nichtteilnahme an dem Leipziger Buchdruckerfängertage, dem die besten Wünsche unserteils gelten.

Kattowitz. Unsre letzte Monatsversammlung war sehr zahlreich, und zwar von 50 Mitgliedern besucht. Nach Erlebigung von sechs Aufnahmegeheugen, durch die sich der Mitgliederstand auf 67 erhöhte, des Vereins- und Kassenberichts, erstattete Kollege Kwasiol Bericht über die Oeffnen in Breslau abgehaltene Gauversammlung. In längeren Ausführungen erläuterte der Referent die gestellten Anträge, ihre Begründung durch die Antragsteller, und brachte dann die vom Gantage gefassten Beschlüsse zur Kenntnis der Versammlung. Anschließend holte Kollege Schöfer noch einiges vom Vorredner Uebergangene nach. Der Redner brachte dann in längeren Ausführungen zur Sprache, daß der vor einiger Zeit vom Vorstande an den „Corr.“ gefandte Bericht, welcher die Richtigstellung der in zwei „Typograph“-Artikeln enthaltenen Unwahrheiten zum Inhalte hatte, von der Redaktion abgelehnt worden sei. Die Versammlung war denn auch fast einstimmig der Ansicht, daß die „Corr.“-Redaktion bringend zu eruchen sei, in Zukunft den Verbandsmitgliedern Übersichten, wo die Agitation sehr nötig und äußerst schwierig ist, mehr Entgegenkommen zu zeigen. — Anmerkung der Red.: Wiederholt müssen wir dem Ortsvereine Kattowitz nahe legen, dem „Typograph“ Berichtigungen dann zuzufinden, wenn derselbe über die dortigen Verhältnisse nachweisbare Unwahrheiten geschrieben hat, event. mit Hilfe der Gerichte die Aufnahme erzwingen. Sie haben aus dem „Corr.“ doch des öfters schon erfahren, daß die Binderei strupellos unser Organ mit sogenannten Berichtigungen bombardieren, darum: vice versa! Haben Sie aber Situationsberichte zu veröffentlichen, so wird der „Corr.“ den Übersichten so gut wie anderen Kollegenkreisen bedingungslos zur Verfügung stehen. Also die Borwirre waren wieder einmal recht deplaziert; gerade da, wo wir Ihnen nützen wollten, sollen wir Sie geschädigt haben. Es ist heute leider beinahe zur Manie geworden, einer kollegialen Unternehmung etwaiger Motive für die eine oder andre Handlung der Redaktion weit aus dem Wege zu geben, dafür aber sofort nach Rad und Galgen zu schreien.

Müßtn. (Mitgliederversammlung vom 28. Mat.) Nach Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende die näheren Gründe mit, welche den Vorstand veranlaßten, die Bezirksversammlung auf den 9. Juli zu verlegen. Hierauf erstattete der Kartelldelegierte seinen Bericht und legte gleichzeitig ein Regulativ des Kartells vor, dessen einzelne Paragraphen erläutert und von der Versammlung angenommen wurden. Eine lange Debatte

erforderte die „Corr.“-Angelegenheit. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Taktik der Berliner und Leipziger Kollegenschaft in keiner Weise einverstanden und erblickt darin eine Schädigung unserer Verbandsinteressen. Für die durchreisenden Kollegen soll ein Exemplar des „Corr.“ im Vereinslokale ausgeteilt werden. Nachdem einige örtliche Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband die besuchte Versammlung.

Leipzig. In Prinzipalorgane, der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“, ist eine amtliche Bekanntmachung des Tarifamtes der Deutschen Buchdrucker enthalten, nach welcher die Differenzen bei der Firma F. B. Hirschfeld für beendet erklärt werden und genannte Firma wieder in das Verzeichnis der tariftreuen Firmen aufgenommen worden sei. Dieser Publikation im Prinzipalorgane gegenüber ist festzustellen, daß Hirschfeld noch nicht wieder als tariftreu erklärt worden ist seitens des Tarifamtes und die Bekanntmachung in der „Zeitschrift“ jedenfalls nur auf einen Irrtum oder eine Mystifikation zurückzuführen ist.

N. Leipzig. Der Verein der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 24. Mai im Restaurant Johannisstäl seine Mitgliederversammlung bei mäßigem Besuche ab. In üblicher Weise wurden die verstorbenen Mitglieder Weigt, Espenhain, Siegel und Heller durch Erheben von den Sigen geehrt. Hierauf richtete der Vorsitzende an die neuankommenden Kollegen einige begrüßende Worte und hoffte, daß dieselben fleißige Versammlungsbesucher werden möchten. Ein Vortrag des Herrn K. Pinkau über: „Die Geschichte der Zeitungen“, wurde beifällig aufgenommen. In der hierauf folgenden kurzen Diskussion wurde hauptsächlich bemängelt, daß der Gewerkschafts- und Arbeiterpresse seitens der Leser zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt würde. Unter Gewerkschaftlichem teilte der Vorsitzende mit, daß die Neueinstellung von Lehrlingen bis auf eine Gießerei der Scala entpfehle. Betreffs der einen Gießerei soll Beschwerde beim Tariffchiedsgericht erhoben werden. Ueber das Schiedsgericht äußerten sich einige Redner sehr abfällig. Dasselbe lände wohl auf dem Papiere, aber zur Schlichtung von Differenzen haben die Prinzipalmitglieder keine Zeit. Hierauf wurden noch einige Vorkommnisse tariftreuer Natur aus mehreren Gießereien debattelos zur Kenntnis genommen und erfolgte dann Schluß der Versammlung.

F. Witten. (Maschinenmeisterklub.) Der 20. Mai brachte uns einen lehrreichen und interessanten Vortrag des Herrn Sieber vom Hause Rodtirof & Schneider über: „Die moderne Drucktechnik“, welcher sich eines guten Besudes erfreute; auch die Typographische Gesellschaft war der Einladung gefolgt. In sachlicher und verständlicher Weise gab uns der Referent ein klares Bild über Präge- und Stanzverfahren auf der Vortortatiegel-druckpresse. Eine darauffolgende Diskussion beendete den lehrreichen Vortrag. Außerdem brachte der Vorsitzende noch das vom Kollegen Negele erkundete neueste Juristennetz in Erwägung. Dasselbe wurde von mehreren Mitgliedern gepöbt, und können dieselben bestätigen, daß dasselbe sowohl in praktischer Beziehung wie in Haltbarkeit der Schneide nichts zu wünschen übrig läßt. Wir können dasselbe demnach den Kollegen aufs beste empfehlen.

Sch.-Necklinghausen. Erreutlicher Weise ist festzustellen, daß der Versammlungsbesuch nach wie vor ein sehr guter ist, denn auch unsre Maiverammlung war von 22 Kollegen besucht. Leider mußte ein Mitglied, das vom Berufe abgegangen und der Aufforderung zur weiteren Zahlung seiner Beiträge nicht nachkam, ausgeschlossen werden. Kollege Goldt erstattete sodann Bericht über die Oeffnen in Essen stattgefundene Gauversammlung. Da die Veröffentlichung derselben im „Corr.“ unlängst erfolgt ist, erübrigt sich eine Wiederholung der Ergebnisse. Die Versammlung sprach dem Kollegen Goldt für sein Referat ihren Dank aus. Nach der Zahlung der Beiträge kam man zum vierten und letzten Punkte der Tagesordnung: Johannistage. Darin waren alle einig, daß unser Ortsverein selbst eine solche Feier veranstalten sollte, aber das diese Ende kam, angesichts der hier abwartenden schwierigen Verhältnisse, nach, nämlich die Lokalfrage! Das mag wohl manchem merkwürdig vorkommen, aber es ist so, und es sind wiederum die besten Ausichten vorhanden, daß die gefassten Beschlüsse betreffs der Johannistage an der Lokalfrage kläglich scheitern werden. Wegen Tariftreueigkeiten in einer Druckerei in Dülmen wurde dortselbst am 15. Mai eine Buchdruckerversammlung abgehalten, an der als Vertreter des hiesigen Ortsvereins die Kollegen Goldt und Gernann teilnahmen.

W. Stuttgart. (Württembergischer Korrektorenverein.) In der Monatsversammlung vom 27. Mai konnten wiederum drei Aufnahmen vollzogen werden, so daß der Mitgliederstand sich jetzt auf 35 bezieht. (Seiner weit konstatiert werden, daß die Mehrheit der Provinz-kollegen allen Besuchen, sie zum Beitritte zu bewegen, bis jetzt unzugänglich geblieben ist; ob sie sich gegenüber den Vortellen, die auch ihnen der Zusammenstufung ihrer engeren Berufsgenossen bringen muß, ebenso ablehnend verhalten wird?) Von den eingeladenen General-versammlungsdelegierten war Gauvorsitzer F. Fohr erschienen, der sich lebhaft an der Debatte beteiligte. Unter Vereinsmitteilungen brachte der Vorsitzende zur Kenntnis der Versammlung, daß der Gauvorstand zu den Gründungskosten einen Beitrag von 20 Mk., wovon 10 Mk. zurück-zugablen sind, geleistet habe. In bezug auf die Ferienfrage wurde beschlossen, mittels Zirkulars an die tariftreue

Prinzipalität Württembergs heranzutreten und sie unter Hinweis auf die aufreibende und verantwortungsvolle Tätigkeit des Korrektors um Bewilligung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes für die in ihren Betrieben Beschäftigten zu ersuchen. Es wurde dabei das Beispiel der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart hervorgehoben, die ihre Korrektoren von jetzt ab schon nach einjähriger Tätigkeit im Geschäft in den Genuss von Ferien unter Fortzahlung des vollen Lohnes treten läßt, und der Wunsch geäußert, es möchte dieses Beispiel allseitige Nachahmung finden. Der von dem Leipziger Brudervereine empfohlene Entwurf eines Organisationsstatuts für die deutschen Korrektorenbereine wurde zur Kenntnis genommen, von einer Beratung aber vorläufig abgesehen, da er die Einteilung der Organisation nach Tarifkreisen zur hauptsächlichsten Voraussetzung hat, und diese nach der Ansicht der Versammlung vorberhand noch nicht angezeigt erscheint.

Rundschau.

Bezüglich der unter der Rubrik „Aus dem Gewer- und Genossenschaftsleben“ in Nr. 62 besprochenen Vorgänge bei den Delegiertenwahlen zur diesmaligen Generalversammlung erhielten wir aus dem Gau Schleswig-Holstein zwei Zuschriften, von denen die eine in etwas verbindlicher, die andere in umso massiverer Form gegen die gedachten Ausführungen protestiert. Die beiden Kollegen scheinen übereinstimmend zu haben, daß der Schwerpunkt jener Auslassungen nicht gegen die Wahlen in Schleswig-Holstein und Oberhein gerichtet ist, sondern gegen die Art, wie in Leipzig die Wahlen vorgenommen wurden. Daß in Nr. 60 die offizielle Mitteilung des Wahlergebnisses aus Schleswig-Holstein enthalten ist mit der Ankündigung, sowohl zur Generalversammlung des Verbandes wie zu der der Invalidentafel fänden noch Stellvertreterwahlen statt, wurde nur nebenbei betont. Es soll zugegeben sein, daß auf Grund der auf der Halle'schen Generalversammlung über den Wahlmodus zu unseren Generalversammlungen gepflogenen kurzen Aussprache man in Schleswig-Holstein korrekt gehandelt hat. Was unsern Gewerkschaftschronisten aber veranlaßte, diese Frage anzusprechen, ist nur die Notwendigkeit einer Aufgabelung dieses im Jahre 1896 eingenommenen Standpunktes, und dabei mußten auch die genannten beiden Gauen mit angeführt werden, sonst hätte man sich in Leipzig wieder über ungleiche Behandlung bedauert gefühlt. Die Leipziger Wahlen — der zweite, fast noch gradierendere Fall kam erst zu unsrer Kenntnis, als jene Ausführungen in Nr. 62 schon druckfertig waren — haben eben überdunkelt geleuchtet, daß eine Kandidatenauffstellung und ein Wahlmodus wie in Leipzig durch klare Bestimmungen im Verbandsstatut über den Wahlgang unmöglich gemacht werden müssen. In Leipzig wurden nämlich nur genau so viel Kollegen als Kandidaten aufgestellt, als Delegierte notwendig sind, die übrigen als Stellvertreter, die aber sämtlich mehr Stimmen erhielten, als zwei Kollegen, die als Delegierte gelten. Dieses Beispiel beweist doch mehr wie ausreichend die Ungerechtigkeit solcher Stellvertreterwahlen.

Ueber den Prozeß der Firma Stalling gegen das „Norddeutsche Volksblatt“ brachten wir in Nr. 62 eine Notiz, welche den Bericht über diese Verhandlung aus dem zitierten Blatte zum Teile wörtlich wiedergab. Die ganz eigenartige Form dieses Artikels bzw. die in demselben den Buchdruckern gewordene Einschätzung als Lebewesen, die mit dem Militär auf einer Reichsliste stehen usw., ließ uns die Vermutung aussprechen, daß es sich damit entweder um einen schlechten Witz oder um eine wenig geistreiche Anrempelung handelt. Das „Norddeutsche Volksblatt“ schreibt nun in Erwiderung unsrer Notiz, daß diese Ironie nicht den Buchdruckern gegolten habe. Wir sind mit dieser Erklärung zufrieden gestellt.

Das Neueste vom Vereine der Buchdruckereibesitzer des Regierungsbezirks Magdeburg ist die Meldung, daß diese Herren Tarifbesitzer mit ihrer Zunungsgründung gründlich hereingefallen sind. Von den 105 Druckereien (ausschließlich der der Stadt Magdeburg) haben nur 21 für eine Zunungsbildung, 79 aber sich dagegen erklärt. Daran kann man den Anfang dieser Sonderbündler wohl richtig erkennen. Vom 1. April 1906 an wollen diese Landdrucker zum Heil und Segen des Buchdruckergewerbes eine Lehrlingskata einführen, wobei auf einen Gehalt nur 3, auf zwei 4, auf drei 5, auf vier 6, auf sechs 8 Lehrlinge und auf jeden weiteren Gehalt ein Lehrling mehr kommen sollen. Wenn so ein Kleindrucker selber mitarbeitet, so rechnet er bei Bemessung der zulässigen Lehrlingszahl als Gehilfe, damit ja noch ein Lehrling herausgeschunden werden kann. Genannter Verein versichert mit diesem Monstrum von Lehrlingskata der zuständigen Behörde allen Ernstes, daß damit eine wirkliche Besserung in der Lehrlingshaltung angestrebt werden könne! Diese Tarifreformer sind sich also doch in etwas bewußt, daß die bei ihnen übliche Lehrlingswirtschaft eine ganz heillose ist, sonst könnten sie ja nicht bei dem aufgestellten Verhältnisse zwischen Gehilfen und Lehrlingen von einer Besserung reden. Daß ihr Vorhaben überall mit gebührender Heiterkeit aufgenommen wird, mögen auch diese Zeilen bezeugen.

Ein im Leipziger Buchdruckergewerbe spielender Beleidigungsprozeß hat am vorletzten Tage des Mai seinen Anfang genommen. Da er auf unbestimmte Zeit vertagt wurde, so teilen wir einstweilen nur folgendes

mit: Der Buchdruckereibesitzer Julius Mäjer fühlte sich durch einen im Januarhefte des „Graphischen Beobachter“ erschienenen Artikel beleidigt. In demselben wurde gegen Mäjer der Vorwurf erhoben, er habe sein Amt als Vorsitzender des Schlußausschusses der Buchdruckerlehranstalt zu eigenmächtigen Zwecken ausgenützt, den entlassenen Direktor Krancher habe er zu veranlassen gesucht, ihm in allen geistig zu sein, Mäjer sei auch die Ursache grober Mißstände in der Buchdruckerinnung und in der Verwaltung der Lehranstalt. Im öffentlichen Interesse wurde daraufhin gegen den Buchdruckereibesitzer Schnurpfeil als Herausgeber des „Graphischen Beobachter“, den Faktor und verantwortlichen Redakteur Krakow sowie gegen den gewesenen Direktor der Leipziger Buchdruckerlehranstalt Dr. Krancher Beleidigungsklage erhoben, Mäjer wurde als Nebentkläger zugelassen. Diese drei Angeklagten sowie zwei ehemalige Lehrer dieser Anstalt erhoben in der ersten Verhandlung gegen Mäjer eine ganze Reihe von Beschuldigungen, namentlich die von Mäjer bewirkte Entlassung des Dr. Krancher, welche ohne Genehmigung des Zunungsvorstandes erfolgte (wie der Vorsitzende der Leipziger Buchdruckerinnung betonte), spielte eine wesentliche Rolle dabei, die darauf hinausliefen, der Nebentkläger Mäjer habe die Buchdruckerlehranstalt seinem persönlichen Vorteile dienbar gemacht. Auch die Behandlung des Lehrerkollegiums durch Mäjer kam mit zur Sprache. Das Gericht beschloß die sofortige Beislahnahme der Protokolle der Schlußausschüsse, damit nichts davon verschwinde oder daran geändert werde, ferner soll das Zunungsstatut sowie die Schulordnung der Lehranstalt herbeigezogen werden. Wir werden bei Fortsetzung dieses aufsehenerregenden Prozesses über seinen Verlauf unseren Lesern berichten. — In der Zunungsversammlung am 2. Juni kam es wegen der Angelegenheit zu einem Austritte, infolgedessen Herr Mäjer und einige andere Zunungsglieder die Versammlung verließen.

Wieder eine Scherliche Zeitungserwerbung. Wir lesen im „Leipziger Tageblatt“: Die „Hamburger Neuesten Nachrichten“ sind von der Hamburger Börsehalle, W. m. h. S., gekauft worden und werden in dem Verlage dieser Gesellschaft, die außerdem den „Hamburgischen Correspondenten“ herausgibt, fortgeführt werden. Herr Hint, der bisherige Besitzer der „H. N.“, tritt als Geschäftsführer in die Hamburger Börsehalle über. Das Kapital der Hamburger Börsehalle, W. m. h. S., wird auf 600000 Mk. erhöht. Damit ist nun auch das zweite große Hamburger Blatt in den Besitz des Herrn August Scherl übergegangen.

Ein Scherz, aber keine Beleidigung ist nach Ansicht des Hamburger Schöffengerichtes eine Bemerkung in „Hamburger Echo“, welche eine Reihe des Chefredakteurs der „Hamburger Nachrichten“ nach Petersburg mit der Erlangung einer Subvention für die russlandfreundliche Haltung dieses Blattes in Verbindung bringt. Die Klage des Dr. Herrn Hartmeyer gegen den Redakteur Waberstky vom „Hamburger Echo“ wurde daher abgewiesen.

Taub gegen alle Kritik stellt sich die Gefängnisverwaltung in Wehra resp. die obenburgische Justizbehörde. Sowohl der dort seine Strafe absitzende Redakteur Schweynert als auch der Herausgeber des „Reisbogens“ selbst müssen trotz aller Eingaben und Proteste täglich ihre elf Stunden auf dem Schneidertische haken. Die reichsgerichtliche Regelung des Strafvollzuges wird angefeindet, solcher Fälle eine immer zwingendere Notwendigkeit.

Die Zunge im Zaume zu halten ist ein Rat, den man nur jedermann erteilen kann. Der örtliche Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe in Chemnitz erklärte vor vierzehn Tagen, er werde eher aus dem Arbeitgeberverbande austreten, als seinen Leuten den Austritt aus ihrer Organisation und die Verrichtung von Streikarbeit zuzumuten; er wolle ein Schutz sein, wenn er sein Ehrenwort nicht halte. Jetzt hat er aber doch diese Zumutungen gestellt und seine Arbeiter ausgesperrt.

Das ist der Fluch der bösen Tat. . . . Der in Trier aus allen Himmeln gestürzte ehemalige Diktator an der Saar, Hilger, soll keine Ruhe bekommen. Als sein Regierungssystem schon in dem Saarbrücker Prozesse in die Brüche gegangen war, schied er schamlos aus dem Staatsdienste und trat den Posten eines Generaldirektors der Königs- und Laurahütte in Schlefien an, der mit einem Einkommen von 200000 Mark jährlich dotiert ist. Aber diese Prämie scheint Hilger nun nicht mehr gelüchert zu sein, das „Ober-schlesische Tageblatt“ schreibt nämlich: „Der Aufsichtsrat der Vereinigten Königs- und Laurahütte sowie sämtliche Direktoren der ober-schlesischen Werke dieser Aktiengesellschaft sind telegraphisch nach Berlin zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengerufen worden, um Stellung zu nehmen zu den eigentümlichen Ergebnissen des Trierer Beleidigungsprozesses gegen den früheren Bergmann Krämer.“ Gegen die Laurahüttenmänner etwa die Befürchtung, Hilger könnte wie einst die Arbeiter zum Streik aufmuntern und mit ihnen singen: „Wir legen nun die Arbeit nieder?“

Eine Konferenz der Arbeitersekretäre fand am 29. und 30. Mai in Köln statt. Dieser war im Anschlusse an den Gewerkschaftskongreß von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands einberufen und von 49 Sekretariaten mit 51 Delegierten besetzt. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Statistik der Arbeitersekretariate. Um dieselbe einheitlich zu gestalten, wurde nach eingehender Debatte und im Anschlusse mit hieran erfolgender Kommissionsberatung eine

Änderung des alljährlich zur Aufnahme der Statistik an die Sekretariate zu versendenden Fragebogens beschloffen. Nach diesem Fragebogen sollen auf Wunsch der Konferenz die Sekretariate ihr Auskunftsjournal einrichten. Die Generalkommission wurde weiter ermächtigt, zum gemeinsamen Bezüge der Journale die Bogen gleich in größerer Auflage anfertigen zu lassen, die dann von den Sekretariaten in beliebiger Anzahl bezogen werden können. Zu Zukunft wird somit eine einheitliche Registrierung der Zahl der Auskunftsfindenden, der Zahl der einzelnen Auskünfte und der Zahl der anzufertigenden Schriftsätze erfolgen. Der zweite Punkt betraf die ärztlichen Gutachten. Es wurde Klage geführt, daß den Verletzten leider zu wenig, mehrfach auch gar keine Verzeje zur Beseitigung ständen. Der Referent zu diesem Punkte, der Zentralarbeitersekretär Schmidt-Berlin, eruchte, sich mit den Ortskrankenkassen in Verbindung zu setzen, um so in den einzelnen Orten Verzeje zur Ausstellung von Gutachten zu bekommen. Der dritte Punkt betraf die Auskunfts-erteilung an Unorganisierte und Gebühren-erhebung. Die meisten zu diesem Punkte zum Worte gelangenden Redner sprachen sich dafür aus, die Sekretariate als gemeinnützige Institute zu betrachten und somit Auskunft an alle Personen ohne Ausnahme zu erteilen. Die Erhebung einer Gebühr von Nichtorganisierten fand nur wenig Anhänger. Infolge eines Schlußantrages konnten nur zwei Sekretäre ihren Standpunkt, Auskunft nur an Organisierte resp. Nichtorganisationsfähige zu erteilen, vertreten. Den letztern Standpunkt vertrat außerdem auch der Zentralarbeitersekretär Schmidt-Berlin. Einen Beschluß hierüber zu fassen, hielt man für nicht tunlich. Ueber den Dienst- und den Werkvertrag referierte zum vierten Punkte Arbeitersekretär Krüger-Berlin. Referent beschloß sich bei diesem Thema hauptsächlich mit der Frage: „Ist Affordarbeit Dienst- oder Werkvertrag?“ Da diese Frage zurzeit den Ausschluß des Berliner Gewerbeschichtes beschäftigt, außerdem der im Herbst stattfindende Juristentag sich mit der Materie befassen wird, war man allgemein der Meinung, zunächst eine abwartende Stellung einzunehmen. Der letzte Punkt der Tagesordnung betraf die Ausbildung und Weiterbildung der Arbeitersekretäre. Hierzu wurden eine ganze Anzahl Wünsche geäußert resp. Vorschläge gemacht, die in der Hauptsache der Generalkommission zur Berücksichtigung überwiesen wurden, damit eventuell zu gegebener Zeit den Arbeitersekretären zur Weiterbildung und solchen Personen, die sich zu einem derartigen schwierigen Amte vorher ausbilden wollen, in Berlin hierzu Gelegenheit gegeben werden kann.

Der Kampf im Schneidergewerbe ist nun auf der ganzen Linie entbrannt, weil die Unternehmer das ihnen von der Organisation der Schneider gestellte Ultimatum nicht beachtet haben. In 56 Orten sind im ganzen 6590 ausgesperrte und Ausständige vorhanden. In den Kampf verwickelt sind folgende Städte: Eslingen, Gera, Bochum, Magdeburg, Schw.-Gmünd, Rostock, Ravensburg, Halberstadt, Hagen, Albed, Travemünde, Saarburg, Greiz, Ludwigshafen, Chemnitz, Frankfurt a. M., Kassel, Landau, Dortmund, Wilhelmshaven, Baden-Baden, Mannheim, Freiburg i. B., Ulm, Darmstadt, Kiel, Gelsenkirchen, Bonn, Heidelberg, Raumburg, Trier, Zwickau, Straubing, Dresden, Bielefeld, Gotha, Bremen, Siensburg, Plauen i. B., Mainz, Erfurt, Karlsruhe, Kempten, Augsburg, München, Wiesbaden, Erlangen, Jülich, Halle a. S., St. Johann, Regensburg, Stuttgart, Hannover, Arnstadt, Braunschweig und Weimar. In Berlin kommt es ebenfalls zum Kampfe in der Herrenmaßebranche, weil die von den Unternehmern gegebenen Garantien in bezug auf Streikarbeit sich als unzulänglich erwiesen haben. In Köln haben die christlichorganisierten Schneider entgegen der Anweisung ihres Hauptvorstandes den sie zur Verrichtung von Streikarbeit verpflichtenden Mevess unterschrieben.

Gingänge.

Gutenberg-Plakette. Im Verlage der Kunstanstalt von Max Schmitz, Leipzig-R., Kronprinzstraße 19, ist eine Gutenberg-Plakette erschienen, die als vornehmer Wandschmuck berechtigt den Beifall finden wird. In Dualemalerei auf Zinngrund und kupferlegiertem künstlerisch geprägten Metallrande ausgeführt, macht die Plakette einen effektvollen Eindruck. Der Preis von 1,50 Mk. ist in Anbetracht der Ausführung ein äußerst niedriger.

Briefkasten.

E. D. in Ettin: Von solchen Auszeichnungen nehmen wir grundsätzlich keine Notiz, können also auch in dem berichteten Falle davon keine Ausnahme machen. — Roter Jakob in Trier: Gruß ist prompt übermittelt worden. Habe mich recht geteilt, nicht zuletzt über das untrügliche Erkennungswort. Besten Gegengruß! Kr. — P. S. in Darmstadt: Die Mitteilung über die auch dort vorgekommenen Schwindbeleidigungen des Seckers Otto Henneberger hat sich wohl durch die Rundschau notiz in Nr. 63 erledigt? — G. R. in Schwelmigen: 4,05 Mk. — R. S. in Ulm: Auf Schnellpressen, aber von Stereotypplatten. — J. K. in Raitonwyl: Am 26. Mai. — E. K. in Stendal: Gebürder Kraft, Leipzig, Erbmannstraße 12. — Et. in Münnberg: Je 4 Mk. — R. in Hannover: 2,05 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Berein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Ergebnis der Wahl von fünf Delegierten zur Generalversammlung der Zentralinvalidentafel i. Ligu.

Eingegangen 1025 Stimmzettel, davon ungültig 7, verbleiben gültige 1018; absolute Mehrheit 510. Es haben Stimmen erhalten: H. V. Giesecke 1011, Albert Raffini 1009, Hermann Schleffler 997, Franz Stolle 1017, Albert Wachs 1012; zerplittert 44.

— Mittwoch den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Vereinsversammlung im „Gewerkschaftshaus“, Engelfuser 15. **Mittelrhein.** Resultat der Stichwahl. Abgegeben wurden 1966 Stimmzettel, ungültig 7, weiß 1, mithin gültig 1959. Hierunter erhielten: P. Hildebeutel-Darmstadt 1003, R. Schneider-Heidelberg 955 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

— Zentralinvalidentasse i. L. Abgegeben 388 Stimmzettel, ungültig 6, weiß 1, mithin gültig 381; absolute Mehrheit 192. Es erhielten Stimmen: Bente-Mainz 163, Fuhs-Mannheim 341, Zeeb-Mainz 240. Mithin gewählt als Delegierte Fuhs und Zeeb; Bente als Stellvertreter.

Osterrand = Thüringen. Ergebnis der Stichwahl (Zentralinvalidentasse = Generalversammlung). Gewählt wurde Michaelis mit 290 Stimmen; Kunze erhielt 42, weiß waren 20.

Bezirk Frankfurt a. D. Für den erkrankten Kollegen Max Girsch in Forst, früher in Guben, sind folgende Beträge eingegangen: Altstarke 3 Mk., Reppen 5,05 Mk., Büldschau 8,05 Mk., Landsberg a. W. 11,20 Mk., Sorau 2,15 Mk., Klüßtrin 7,50 Mk., Fürstenthal 5,40 Mk., Zielenzig 0,65 Mk., Freienwalde 1,10 Mk., Schwiebus 3,50 Mk., Guben 6,50 Mk., Frankfurt a. D. 32 Mk., Strausberg 3 Mk., Bezirkskasse 50 Mk.; zusammen 139,10 Mk. Diese Summe wurde dem Ortsvereine fortz zur gelegentlichen Verwendung im Interesse des erkrankten Kollegen überwiesen. Allen Gebern besten Dank!

Breslau. Zur Wahl des Vorstandes wurden 517 gültige Stimmzettel abgegeben. Es erhielten: als Vorsitzender Karl Fiedler 467, als stellvertretender Vor-

sitzer Karl Fiedler 510, als Schriftführer Paul Büchner 500, als Beisitzer Max Reich 509 Stimmen; die übrigen Stimmen zerplitterten.

Hirshberg i. Schl. Um Angabe des Aufenthaltsortes und der Adresse des Seher Paul Lente (Hptb.-Nr. 5455), geb. in Halle a. S. 1860, im Jahre 1896 hier kurze Zeit konditionierend, werden die verehrl. Vereinsfunktionäre vom Bezirksvorsitzer E. W. Mehnert, Markt 9, hierdurch freundlichst gebeten.

Schwerin i. M. Die Adresse des Vorsitzenden lautet von jetzt ab: Hermann Lüdemann, Johannesstr. 14, II.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Beerfelden i. D. der Drucker Adam Hildwein, geb. in Beerfelden 1887, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Heppenheim a. d. B. der Seher Paul Zimmmer, geb. in Kollbea 1887, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — P. Hildebeutel in Darmstadt, Artheilgerstraße 58.

In Chemnitz der Seher Willy Deisner, geb. in Erfenschlag 1887, ausgl. in Chemnitz 1905; war noch nicht Mitglied. — In Frankenberg der Seher Herm. Fützel, geb. in Klautenthal 1862, ausgl. in Chemnitz 1880; war schon Mitglied. — In Limbach der Seher Paul Tischendorf, geb. in Oberstrohna 1888, ausgl. in Pleiße 1905; war noch nicht Mitglied. — In Oberlungwitz der Schweizerdegen Willy Herold, geb. in Wülfenbrand 1876, ausgl. in Oberlungwitz 1894; war noch nicht Mitglied. — In Treuen der Seher Bruno Siegel, geb. in Treuen 1886, ausgl. in Mylau 1904; war noch nicht Mitglied. — E. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41, II.

In Frankfurt a. M. die Seher 1. Robert Henrich, geb. in Frankfurt a. M. 1886, ausgl. daf. 1905; 2. Friedr. Herrmann, geb. in Frankfurt a. M. 1886, ausgl. daf. 1905; 3. der Drucker Wilhelm Friedrich, geb. in Frank-

furt a. M. 1886, ausgl. daf. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — Phil. Gutthardt, Gaidestraße 50, IV.

In Gmünd der Drucker August Munk, geb. in Gmünd 1878, ausgl. daf. 1897. — In Kammstatt der Seher Oskar Majer, geb. in Kammstatt 1887, ausgl. in St. Georgen 1905. — In Schwenningen der Seher Karl Pfoh, geb. in Wimpfen a. N. 1882, ausgl. 1901. — In Stuttgart die Seher 1. Paul Koppenhöfer, geb. in Kohenhof 1887, ausgl. in Neckarjulin 1905; 2. Paul Klint, geb. in Stuttgart 1887, ausgl. daf. 1905; 3. Bernhard Friedrich, geb. in Böymenkirch 1886, ausgl. in Stuttgart 1905; 4. Eugen Kraft, geb. in Ludwigsburg 1887, ausgl. in Stuttgart 1905; die Drucker 5. Friedr. Häfner, geb. in Stuttgart 1887, ausgl. daf. 1905; 6. Emil Münch, geb. in Stuttgart 1887, ausgl. daf. 1905; 7. der Schweizerdegen Otto May, geb. in Eppingen 1881, ausgl. daf. 1899; 8. der Galvanoplastiker Emil Frech, geb. in Stuttgart 1885, ausgl. daf. 1902. — In Ulm die Seher 1. Georg Wannenvetich, geb. in Ulm 1886, ausgl. daf. 1905; 2. Maximilian Maier, geb. in Wengenweiler (D.-M. Heidenheim) 1887, ausgl. in Neu-Ulm 1905; 3. Anton Spang, geb. in Ellwangen 1887, ausgl. daf. 1905; 4. Ernst Lehmann, geb. in Ulm 1882, ausgl. daf. 1900; die Drucker 5. Friedr. Hänfler, geb. in Ulm 1885, ausgl. daf. 1903; 6. Wilhelm Göße, geb. in Ulm 1887, ausgl. daf. 1905. — In Zuffenhausen der Seher Kurt Breithut, geb. in Stuttgart 1887, ausgl. in Zuffenhausen 1905. — In Pforzheim der Schweizerdegen Georg Drechsler, geb. in Glems (D.-M. Urach) 1868, ausgl. in Murrhardt 1885. — In Waiblingen a. E. der Schweizerdegen Paul Brielmayer, geb. in Käferfulgen (D.-M. Saulgau) 1882, ausgl. in Rielingen 1900. — Karl Knie in Stuttgart, Jakobstraße 16, p.

In Tondern der Schweizerdegen Hermann Beutel, geb. in Liebenwalde 1883, ausgl. daf. 1898; war schon Mitglied. — J. Chr. Heißmann in Hensburg, Angelturberstraße 44.

An die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Montag den 12. Juni (2. Pfingstfeiertag), vormittags 8 Uhr, findet auf dem hiesigen Südfriedhofe die

Enthüllungsfest des Richard Härtel-Denkmal

statt, und laden wir die Kollegenschaft zu dieser Feier hiermit ein.

Etwaige Delegationen wollen die Zeit ihrer Ankunft dem Kollegen Engelbrecht, Brüderstrasse 9, I, mitteilen.

Leipzig, 1. Juni 1905.

Die Kommission zur Errichtung des Grabdenkmals für Richard Härtel. Der Gauvorstand Leipzig.

Typographische Vereinigung Leipzig.

Vom 4. bis 13. Juni in der Gutenberghalle des Buchgewerbehause:

AUSSTELLUNG.

1. Sämtliche (546) Entwürfe vom Brüsseler internationalen Wettbewerbe.
2. Arbeiten vom Kursus „Zeichnen nach der Natur“. Leiter: Herr Maler Rentsch.
3. Arbeiten vom Kursus „Skizzieren nach vorhandenem Schriftgiessereimateriale“. Leiter: Herr Buchdruckereibesitzer Pöschel.
4. Arbeiten vom Kursus „Tonplattenschnitt“. Leiter: Kollege Wilh. Kobbé.

Infolge der Reichhaltigkeit dieser Ausstellung ist ein Besuch äusserst empfehlenswert. [223]

Komplette Schnellgalvanoplastik wegen Aufgabe der Galvanoplastik preiswert zu verkaufen, eventuell geteilt. Werte Offerten baldigst erwünscht nach Berlin, postlagernd Postamt 19. unter „Galvano“! [224]

Annoucenacquisiteur

besäh., gewissenh. Korrekturen zu lesen, f. ein weibl. Parteiblatz g. e. u. d. r. W. Bf. in. Geschäftsforber u. Ang. des Eintrittes unter F. G. 226 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Reisehandbuch

für die organisierten Buchdrucker. Preis 1,50 Mk. Neu erschienen! Preis 1,50 Mk. Von den Vereinsfunktionären oder direkt vom Verlage zu beziehen. Bei Einzelbezug bitten der Billigkeit wegen mittels Postanweisung zu bestellen. Leipzig, Salomonstr. 8. Hadelst & Hille, Verlag.

Für die Reise

und im Hause unentbehrlich ist unsere **Taschen-Apotheke** Preis nur 80 Pf., Porto 10 Pf. Buchdrucker-Blerbocher 2 Mk., Kistenchen 25 Pf., Porto 50 Pf. Wappen-Fanion aus Aluminium 50 Pf. Wappen-Schnupftabakdose 75 Pf. Typo-Blot in Hartholz 30 Pf., in Bein 50 Pf. Graph. Verlags-Anstalt, P. Goldschmidt, Halle a. S., Körnerstrasse 7.

Todes-Anzeige.

Nach langem schweren Leiden verstarb am 29. Mai unser lieber Kollege, der Setzerinvalid

Karl Grünewald

aus Seelze bei Hannover im Alter von 60 Jahren.

Kollege Grünewald, der seit 1890 bereits Invalid geworden, war Ende der 80er Jahre mehrjähriger Bezirksvorsteher, und hat als solcher in eifrigster Weise für die Interessen des Verbandes und Hebung unsers Bezirks gewirkt. [222]

Wir werden ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren.

Bezirksverein Frankfurt a. M.

Todes-Anzeige.

Am 2. Juni verschied nach nur achtzehntägiger Krankheit unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [227]

Friedrich Geiger

aus Nürnberg

im 23. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Mitgliedschaft Nürnberg.

Zeichn. der bunten Aktiden. Zich. Härtel in Leipzig a. N. — 3,50 Mk.

Maschinenmeister-Verein Hamburg-Alttonaer Buchdrucker.

Den Kollegen wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß die **Juniverammlung** ausfällt. — Des fernern sind von heute ab Sparmarken à Stück 25 Pf. beim Vereinsboten Kollegen Dreiser zu haben. Der Vorstand. [221]

Liedertafel „Typographia“, Hannover.

Am ersten und zweiten Pfingstfeiertage:

Sängerfahrt nach Bielefeld-Detmold

(Externsteine, Hermannsdenkmal). [229] Der Vorstand.

Sieben erschien:



Neue Preisliste (Ausgabe B)

über Werkzeuge, Utensilien, Schraub- und Luxusartikel, Fachliteratur usw.

Verfand kostenlos. [184]

Herm. Sachse, Halle-Trotha.



Wichtige Preisherabsetzung!

Müller-Dehlfess Praktischer Leitfaden für Buchdruckerei (Neuaufgabe) statt 8,50 Mk. für 6,50 Mk. zu beziehen für Norddeutschland durch **Härtel Buchhandlung** in Leipzig-M. Bestellungen aus Süddeutschland wolle man an Herrn W. Dehlfess, Stuttgart, Friedhofstraße 2, richten.

Injektions-Bedingungen:

Wergespaltene Nonpareille-Feile 25 Pf., Stellen-Angebote, Gesuche u. Vereinsangeben bei direkter Zusendung die Feile 10 Pf. — Belegnummer 5 Pf. — Die sämtlichen Beiträge müssen bei der Aufgabe der Anzeigen entrichtet werden. — Offerten ist Freimarke zur Weiterbeförderung beizufügen.

Nach kurzem Krankenlager verschied am 2. Juni unser lieber Kollege, der Maschinenmeister, [228]

Friedrich Geiger

nach eben vollendetem 23. Lebensjahre

an einer heftigen Lungenentzündung. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Gehilfen

der J. L. Stohschen Buchdruckerei, Nürnberg.

Todes-Anzeige.

Am 30. Mai verschied in der Klinik zu Tübingen unser werter Kollege

Heinr. Hartmeyer

nach längerer Krankheit (Lungenleiden).

Sein aufrichtiger Charakter sichert ihm ein stetes Andenken. [220]

Schwenningen, 1. Juni 1905.

Sämtliche Kollegen.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 43

liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko.

Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Der französische Werktag. 30 Pf.